

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Weltweiter Aktionstag gegen den Krieg



- 5** Als „Frontstaat“ ist die Zukunft Israels bedroht
- 12** Stuttgart: Sozialistische Kommunalpolitik in einer Metropolenregion
- 16** Tarifsituation öffentlicher Dienst
- 18** Müntefering neuer Vorsitzender der SPD: Eine Partei sucht ihr Gleichgewicht



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christopher Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:
Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

ARBEITSLOSENGELD II: Während die Langzeitarbeitslosigkeit zunimmt und Leistungskürzungen beschlossen sind, ist die zukünftige Betreuung der Betroffenen und Vermittlung in neue Jobs zunehmend ungewiss. So endet die Erklärungsfrist, die das Gesetz den Kommunen einräumt, zwar Ende August.

Aber gerade das führt zu wachsender Verunsicherung aller Beteiligten – inklusive der betroffenen EmpfängerInnen. Denn erst am Ende dieser Erklärungsfrist lässt sich sicher sagen, welche Kommune die Aufgaben nach der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe selbst übernimmt und welche das der Bundesagentur für Arbeit überlässt. Ist diese Entscheidung jedoch einmal getroffen, kann sie zunächst nach fünf und dann alle drei Jahre widerrufen werden. Eine Regelung, die komplett Parallelstrukturen notwendig macht, so Ursula Engelen-Kefer für den DGB. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende beurteilt den Stand des Verfahrens als insgesamt problematisch.

„Wenn der Gesetzgeber Maßnahmen vorsieht, von der 4,5 Millionen Menschen betroffen sind, dann muss das Funktionieren sichergestellt sein.“ Im IT-Bereich scheint es da bereits Zweifel zu geben. So könne mit der Programmierung erst Anfang September begonnen werden, wenn klar sei, wer was macht. Und nachdem bei Arbeitslosengeld um ein Vielfaches mehr betroffen seien als bei dem Debakel um die LKW-Maut, befürchtet Ursula Engelen-Kefer, dass letzteres im Vergleich ein Spaziergang war zu dem, was die Republik bei der Zusammenlegung von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe erwartet.

Nicht zuletzt machte sie aber auch erneut darauf aufmerksam, dass „wer Langzeitarbeitslosen Leistungskürzungen zumutet, alles dafür tun muss, dass sie schnellstens wieder in existenzsichernde Arbeit kommen.“ Denn da, wo es keine Arbeitsplätze gibt, hilft auch kein Wettbewerb der Arbeitslosen um einen Arbeitsplatz.

(PM DGB)

BILDUNG KOSTET. Das deutsche Bildungssystem verhindert durch seine Kostenverteilung, dass Kinder aus sozial schwachen Familien eine höhere Bildung erhalten. Dies ist das Ergebnis einer am Freitag veröffentlichten Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Soziökonomie (FiBS).

Das FiBS hatte im Auftrag des Bundesbildungsministeriums die gesamten Ausgaben für Bildung und deren Finanzierung betrachtet. Die Studie räumt mit einigen verbreiteten Vorurteilen auf: Die Berufsausbildung beispielsweise wird nicht überwiegend durch die ausbildenden Betriebe, sondern zu zwei Dritteln durch den Staat finanziert. Der Anteil der Unternehmen beträgt nur 31 Prozent, die privaten Haushalte zahlen vier Prozent.

Dagegen ist ein Studium für die Studierenden bzw. ihre Eltern keineswegs kostenlos: Nur 51 Prozent der Kosten zahlt der Staat, den Rest müssen die Familien selbst aufbringen. „Damit ist das in Deutschland gängige Vorurteil eines kostenlosen Studiums endgültig widerlegt“, fassen die Forscher zusammen.

Für den Bereich der Kindergärten zahlen die Eltern 21 Prozent der Kosten, während der Staat 63 und die Träger der Kindergärten 16 Prozent finanzieren. Das ist viel weniger als für die Hochschulausbildung – aber immer noch deutlich mehr als für die allgemeinbildende Schule, bei der die öffentliche Hand 82 Prozent übernimmt und die Eltern für 18 Prozent aufkommen müssen. Diese zu hohen Kindergarten-Kosten sind in den Augen der Forscher ein Grund für die Benachteiligung von Kindern einkommensschwacher Familien.

Die Studie errechnet die gesamten Bildungsausgaben von der Kindertageseinrichtung bis zur Weiterbildung. Sie umfasst damit auch die Mindereinnahmen des Staates aus der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Bildungsausgaben und die Lebenshaltungsausgaben der privaten Haushalte, die ausschließlich durch die Bildungsmaßnahme bedingt sind und als zusätzliche Ausgaben angesehen werden können. Dies ist etwa in der gymnasialen Oberstufe oder bei einem Studium der Fall, während Auszubildende im dualen System diese Kosten über die Ausbildungsvergütung unmittelbar refinanzieren können. Durch diese umfassendere Betrachtung erhöht sich das Bildungsbudget gegenüber den Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (128,5 Milliarden Euro), um fast 40 Milliarden auf insgesamt 167,2 Milliarden Euro. Zudem zeigen sich für einige Bereiche auch erhebliche Verschiebungen in der Finanzlastverteilung.

„Im Ergebnis zeigt die Studie die tatsächlichen Belastungen für die öffentlichen und privaten Haushalte, die aus der Bildungsbeteiligung resultieren“, sagt Dr. Dieter Dohmen, der Leiter des Kölner Forschungsinstituts. Sie sei damit ein wichtiger Schritt für eine Neujustierung der Finanzlastverteilung zwischen Eltern, Schülern und Studierenden sowie der öffentlichen Hand. Die demografische Entwicklung erfordere es, den Akademikeranteil in der Bevölkerung zu erhalten, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands nicht zu gefährden. Gerade für bildungsferne Schichten müsse der Zugang zur Kita, der Übergang in die gymnasiale Oberstufe und zum Studium stärker gefördert werden. „Eine Einführung von Studiengebühren, die zu einer höheren unmittelbaren oder „gefühlten“ Kostenbelastung der privaten Haushalte führt, dürfte kontraproduktiv sein“, meint Dohmen.

www.ngo-online.de

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

2 Millionen demonstrierten

Weltweiter Aktionstag gegen den Krieg

In mehr als 60 Ländern demonstrierten am 20. März anlässlich des 1. Jahrestages des Irak-Krieges annähernd 2 Millionen Menschen. Ob in Johannesburg oder Seoul, Sydney oder Bogota, Berlin oder Ankara, Warschau, Madrid, London oder Rom, Crawford (Texas), Fayetteville (North Carolina), Los Angeles oder New York – überall forderten manchmal nur Hunderte, oft Tausende oder Zehntausende oder noch mehr Menschen das Ende der Besetzung und den Abzug der Besatzungstruppen aus dem Irak.

Vor allem in den USA – hier fanden Demonstrationen in 310 Städten statt – beteiligten sich weitaus mehr Menschen an den Protestaktionen, als die Veranstalter erwartet hatten. In New York strömten über 100.000 zusammen, in San Francisco 50.000. Organisiert wurden die Demonstrationen von den beiden großen Zusammenschlüssen, United for Peace and Justice und Act Now to Stop War & End Racism (A.N.S.W.E.R.). Noam Chomsky schrieb in einem im britischen Guardian publizierten Artikel, die Bevölkerung der USA sei durchaus bereit gewesen, noch mehr tote Soldaten zu akzeptieren, solange sie nur davon überzeugt wäre, dass der Krieg um eine gerechte Sache geführt würde. Diese Überzeugung aber ist ins Wanken geraten. Die Bush-Regierung hüte sich, die starke Präsenz der US-Truppen im Irak in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Kaum bekannt seien z.B. die Pläne der USA, auf Dauer Militärstützpunkte im Irak einzurichten oder in Bagdad eine Riesen-Botschaft mit 3000 US-Beschäftigten zu etablieren. Chomsky mutmaßt, dass die US-Gesellschaft allen Plänen gegenüber misstrauisch bis ablehnend gegenübersteht, den Irak zu einem abhängigen Satellitenstaat der USA zu machen. Ähnlich wie schon auf den großen Anti-kriegsdemonstrationen des letzten Jahres stellten die Demonstranten immer wieder den Zusammenhang zwischen den massiven Kürzungen vor allem bei Bildung und Gesundheit in den USA, zwischen Arbeitslosigkeit und Armut und den Ausgaben für Krieg und Besatzung her.

Bemerkenswert war, dass sich an vielen Demonstrationen nicht nur, wie es lange Tradition ist, Kriegsveteranen, sondern zunehmend auch die Organisationen von Angehörigen der in Irak stationierten Soldaten bzw. von getöteten oder ums Leben gekommenen US-Soldaten beteiligten. So führten Angehörigen- und



Veteranen-Organisationen eine Demonstration in Fayetteville, North Carolina, wo sich der Militärstandort Fort Bragg befindet, durch, an der rund 1.500 Menschen teilnahmen. Schon in den Tagen zuvor hatten Angehörige in verschiedenen Orten für die Rückholung der US-Truppen demonstriert.

Die größte Demonstration im Rahmen des weltweiten Aktionstages fand in Rom statt. Hier beteiligten sich nach Angaben der Agentur Reuters über 1 Million Menschen. Auch wenn die Mitveranstalterin, die Demokratische Linke, die Forderung nach Rückzug der italienischen Truppen aus dem Irak verhinderte, konnte sie nicht verhindern, dass viele Demonstrantenteilnehmer genau diese Forderung erhoben. In Spanien demonstrierten ebenfalls Hunderttausende in mehr als 50 Städten, hier fand die größte Demonstration in Barcelona statt.

Eher enttäuschend waren die Teilnehmerzahlen in der BRD, sie bewegten sich zwischen 50 und 3000.

Polen: Forderung nach Rückzug der polnischen Truppen aus dem Irak wird lauter

Der Vizevorsitzende der Union der Arbeit, Katarzyna Matuszewska, eine der Vorsitzenden der Partei der Grünen, Magdalena Mosiewics, und der Leiter der Initiative „Stopp dem Krieg“, Filip Ilkowski, haben sich am 15. März in einem offenen Brief mit dem Appell an die Regierung gewandt, die polnischen Soldaten aus dem Irak abzuziehen. Verfasst wurde dieser Appell nach der Ankündigung Spaniens, seine Soldaten aus dem Irak abzuziehen. „Wir fordern ebenfalls von der Regierung eine Entscheidung über den Abzug der polnischen Soldaten. Fast 70 Prozent der polnischen Bevölkerung sind entschieden gegen diesen Krieg. Wir solidarisieren uns mit ihnen und bringen unsere Missbilligung über ‚jegliche Formen der kriegerischen Aggression‘ zum Ausdruck“, heißt es in dem Brief. Die Verfasser des Briefes sind der Ansicht, dass die Aufgabe, für die Sicherheit im Irak zu sorgen, von internationalen Organisationen, vor allem von der UNO, übernommen werden sollte.

Die Liga polnischer Familien will parallel zu den Wahlen zum Europaparlament im Juni ein gesamtpolnisches Referendum über die Stationierung polnischer Soldaten im Irak durchsetzen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird der nächsten Sitzung des Sejms vorliegen. „Angesichts einer Situation, in der die Bevölkerung durch konkrete Konsequenzen in Form von vielen Opfern bedroht wird, hat das Volk das Recht zu entscheiden, ob die polnischen Soldaten weiterhin im Irak stationiert bleiben sollen oder nicht“, so der Vorsitzende der Liga. Seiner Meinung nach steht dem Volk das Entscheidungsrecht zu, weil „die Bevölkerung und nicht die Regierung den Preis dafür zahlen wird.“ *scc*

Quellen: Indymedia, Deutsche Welle, www.friedensratschlag.de



Berlin



Budapest



London



Seoul

Nach der Hinrichtung des Hamas-Oberhauptes Scheich Yassin

Als „Frontstaat“ ist die Zukunft Israels bedroht

Die Liquidierung des politischen und geistlichen Hamas-Führers Scheich Yassins und acht weiterer Palästinenser führt zu einer neuen, in ihren Ausmaßen bisher kaum absehbaren Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts. Der an den Rollstuhl gefesselte Yassin und seine Begleiter fielen beim Verlassen einer Moschee dem gezielten Raketenangriffs eines israelischen Kampfhubschraubers zum Opfer. Das israelische Sicherheitskabinett hat den Anschlag befürwortet, Scharon selbst erteilte die Anweisung. Er wird mit den Worten zitiert: „Der Staat Israel traf an diesem Morgen den ersten und vordersten Anführer aller palästinensischen Terrormörder.“ Finanzminister Netanyahu erklärte, Israel werde alle „Handlanger wie Führer jagen, wo immer sie sind“.¹ Der israelische Friedensaktivist Avnery äußerte die Befürchtung, dass der Ermordung Yassins den „Konflikt von der Ebene eines lösbar nationalen Konflikts auf die Ebene eines religiösen Konfliktes (bringt), der allein auf Grund seiner Natur unlösbar wird“.

Die Palästinenser in den besetzten Gebieten beteiligten sich zu Zehntausenden an Protestdemonstrationen. Hamas-Sprecher Rantisi schwor Rache: „Der Krieg zwischen ihnen und uns ist eröffnet. Sie sind die Mörder von Propheten, und heute haben sie ein islamisches Symbol getötet. Das ist der Krieg gegen den Islam.“¹ Israel wiederum kündigte die „Verschärfung des Kampfes gegen den Terror“ an. Die internationale Öffentlichkeit verurteilte die Liquidierung Yassins, die USA indes vermieden die Verurteilung, zeigten sich aber „tief beunruhigt“. Die Börsenkurse brachen in Erwartung neuer Gewaltakte ein.

Die Armeeführung verweist zur Rechtfertigung des Angriffs darauf, dass Hamas im Vorfeld des israelischen Rückzuges aus dem Gazastreifen eine erbitterte Terrorkampagne lancieren wollte. Das jüngste Doppel-Selbstmordattentat auf den Hafen von Asdod sowie ein Angriff auf den Grenzübergang Erez vor einigen Wochen seien die ersten Aktionen dieser Kampagne gewesen.² Doch gleich, wie die gezielte Hinrichtung Yassins gerechtfertigt wird, als „Bestrafung“, als „Gefahrenabwehr“³, als militärischer Angriff in einem bewaffneten Konflikt, sie ist unter allen Gesichtspunkten ein eklatanter Rechtsbruch, eine brutale Verletzung des Völker- bzw. des Kriegsvölkerrechts.⁴ Der Rechtsbruch fällt um so mehr ins Gewicht, als Israel als Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten verantwortlich für die Einhal-

tung eines (menschen-)rechtlichen Mindeststandards ist. Auf den blindwütigen Terror gegen israelische Zivilisten, zu dem sich die palästinensische Bewegung gegen die Besetzung des Landes unter der Führung islamistischer Organisationen hinreißen lässt, antwortet die politische und militärische Führung Israels, indem sie alle rechtlichen Bindungen abstreift. So wird auf beiden Seiten die Kriegsführung immer tiefer ins Verbrechen gezogen. Israeliische Kritiker der Hinrichtung Yassins werfen der Regierung vor, dass solche Aktionen den Terror nicht schwächen und dass es keine militärische, sondern nur eine politische Lösung des Kon-



Gaza nach der Liquidierung Yassins

flikts geben kann. Doch das Problem liegt tiefer. Die Kriegsführung Israels verbaut den Weg zu politischen Verhandlungen und damit zu politischen Lösungen, und sie gefährdet zunehmend die Existenz des jüdischen Staates. Sichtbares Indiz dafür ist die Tatsache, dass die Zahlen jüdischer Einwanderer nach Israel 2003 trotz zunehmenden Antisemitismus in vielen Ländern so niedrig wie nie zuvor lagen und in den ersten Monaten 2004 noch einmal um 30% gegenüber den Vorjahresmonaten sanken, während andererseits immer mehr Israelis einen zweiten Pass beantragen und sich damit die Option der Auswanderung schaffen.⁵

Wie angesprochen, stellt die israelische Führung die Liquidierung des Hamas-Oberhauptes in den Zusammenhang ihrer erklärten Absicht, Truppen und Siedler bis Ende 2004 aus dem Gaza-Streifen zurückzuziehen. Bisher drang allerdings wenig Konkretes an die Öffentlichkeit, und vielfach wird sogar bezweifelt, dass Scharon die Absicht des Rückzugs ernsthaft verfolgt.⁶ Jedoch hat er gleich nach dem Angriff auf Yassin seinen Kanzleichef Weissglass in die USA entsandt, damit dieser dort mit der US-Regierung über den „einseitigen Abtrennungsplan“ spricht.⁷ Nach Auffassung

verschiedener Kommentatoren würde der Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen – geplant ist angeblich die Räumung von 17 oder 18 der 21 Siedlungen –, da er einseitig geschieht, die palästinensische Autonomiebehörde weiter schwächen und ihre Autorität vollends unterhöhlen (eine Alternative zum einseitigen Rückzug wäre ja der Rückzug im Rahmen einer Verhandlungslösung). Umgekehrt betonen Regierung und Armeeführung, dass ein Rückzug Hamas und andere nicht zum „Sieger“ werden lassen dürfe und dass bis zum Rückzug möglichst viele Terroristen vernichtet werden müssten. Einem Artikel von Gideon Levy in der israelischen Zeitung Ha'aretz zufolge sieht die neue Doktrin der Besatzungstruppen mit dem Namen „Reiz und Reaktion“ vor, „die bewaffneten Individuen so zu reizen, dass sie sich zeigen, und sie dann wegzu-killen“.⁸ Dem entspricht die augenfällige Zunahme der Militäroperationen in den letzten Wochen, in denen die Armee immer wieder in den Gaza-Streifen einrückt und zahlreiche (meist unbewaffnete) Palästinenser, oft Kinder und Jugendliche, erschoss und Häuser, Schulgebäude und andere Einrichtungen der Infrastruktur zerstörte.⁹

Die Hinrichtung Yassins zielt auf die Zerstörung der Strukturen von Hamas. Denn so richtig es ist, dass die elende und hoffnungslose Lage der palästinensischen Bevölkerung unter der Besetzung und dass die israelische Kriegsführung der Nährboden ist, auf dem Selbstmordattentäter und immer mehr auch -attentäterinnen heranwachsen, so richtig ist auch, dass diese Art des Kampfes Strukturen braucht, Finanzquellen, Organisation von Unterstützung für die Familien der Attentäter usw. Die „Enthauptung“ von Hamas zerstört, so das Kalkül, die Strukturen, und die Zerstörung der Strukturen entzieht der Strategie des Selbstmordattentats den Boden.

Die israelische Regierung betont, dass die zu räumenden Siedlungen im Gaza-Streifen nicht den Palästinensern überlassen, sondern an „internationale Organisationen“ übergeben werden. Wer wird die Ortschaften mit vielen tausend Häusern übernehmen? Wie wird die „internationale Präsenz“ im Gaza-Streifen, die der UN-Koordinator für den Nahen Osten für den Fall den israelischen Rückzugs anforderte, aussehen? Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem israelischen Vorgehen und der US-Strategie des „Greater Middle East“ (bzw. ähnlich gearteter EU-Strategien), die auf militärisch, d.h. die Nato, abgestützte Herrschaft über die Region zielt?

Dafür spricht vieles, nicht zuletzt die enge Absprache zwischen Israel und den USA, die Scharon noch stets betont. Gerade der (öffentlicht angekündigte) Angriff auf Scheich Yassin birgt die Gefahr nicht nur der blutigen Steigerung, sondern auch der Ausweitung des Konflikts; dass er ohne Absprache mit den und Billigung durch die USA geschah, ist un-

vorstellbar.¹⁰ Nicht umsonst stellt ihn Sharon in den Zusammenhang des „weltweiten Kampfes gegen den Terror“, spricht er davon, den Islamisten „eine Lehre zu erteilen“.¹¹

Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern hat eine jahrzehntelange Geschichte. Wenn er jetzt instrumentalisiert wird, indem er zur Front wird in der Konfrontation der Westmächte mit der islamischen Welt, dann werden die Bedingungen für seine Lösung auf lange, wirklich lange Zeit zerstört. „Wir dürfen diese Regierung (Scharon – Verf.) nicht mit unserem Leben und unserer Zukunft spielen lassen“, erklärte Peace Now in einer ersten Stellungnahme zur Hinrichtung Yassins. Genau das aber ist die Gefahr: Lässt sich Israel so für die Herrschaftsstrategie der USA und der anderen Westmächte im Nahen und Mittleren Osten missbrauchen, gefährdet der Staat, der den Juden Schutz und Sicherheit bieten sollte, seine eigene Existenz. Auf der anderen Seite verstrickt sich Israel, je länger der Konflikt andauert, immer tiefer in die Abhängigkeit vor allem von den USA, so dass nur schwer zu sehen ist, wie sich das Land dem Missbrauch für den Aufmarsch der Westmächte im Mittleren Osten entziehen kann. Deshalb sind Kräfte, die eine Alternative zur Politik Scharons aufweisen und durchsetzen könnten, in der israelischen Gesellschaft zurzeit schwer auszumachen.

scc

1 FAZ, 23.3.

2 NZZ, 23.3.

3 In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, dass die israelische Armee Yassin bereits im letzten Herbst gezielt zu liquidieren versuchte und dass Sharon Mitte Januar weitere Versuche öffentlich ankündigte. Es hat, obwohl die israelische Armee in den letzten Wochen immer wieder in den Gaza-Streifen einrückte und militärisch drückend überlegen ist, nicht einen Versuch zur Festnahme des Hamas-Führers gegeben. Am 16.3. stimmte das israelische Sicherheitskabinett dem Plan der Armeeführung zu, die gezielte Tötung so genannter militanter Palästinenser zu forcieren.

4 Siehe dazu ausführlich: FAZ, 23.3., „Ein Recht zur gezielten Tötung?“

5 Ähnlich findet zur Zeit eine Massenabwanderung aus den palästinensischen Gebieten statt – Reaktion auf die schwere Lage unter der Besatzung und auf die mangelnde Perspektive der Lösung des Konflikts.

6 Oft genug hat Scharon z.B. die Auflösung von Siedlungen im Westjordanland angekündigt – stattdessen nimmt der Strom der Siedler in das von Israel besetzte Gebiet unablässig zu.

7 dpa, 23.3.

8 Sieg der Brutalität, Ha'aretz / ZNet 14.2.04. Das Zitat schreibt Levy Brigadegeneral Shamni zu, der im Februar als Kommandeur der Truppen im Gaza-Streifen verabschiedet wurde.

9 Siehe Chronik des Nah-Ost-Konflikts, unter: www.friedensratschlag.de

10 Die NZZ berichtet z.B. am 14.2., dass die USA dem Plan des einseitigen israelischen Rückzuges, der jeder Verhandlungslösung eine Absage erteilt, zuneigen und zur weiteren Beratung drei hochrangige Emissäre nach Israel schicken.

11 zitiert nach: FAZ, 23.3., Den Islamisten eine Lehre erteilen.

Wir dokumentieren, leicht gekürzt, einen Artikel aus der Schweizer „Wochenzeitung“ (WoZ) zum Regierungswechsel in Spanien.

Auch Kriegslügen haben kurze Beine

Von Dorothea Wuhrer, Sevilla

George Bush und Tony Blair wird es nicht allzu wohl gewesen sein in den vergangenen Tagen. Sie haben nicht nur ihren wichtigsten Verbündeten verloren, mit dem sie sich Mitte März 2003 auf den Azoren getroffen hatten, um den Beginn des Angriffskriegs auf den Irak zu beschließen. Auch die Art und Weise, wie die rechtskonservative Volkspartei von José María Aznar am Wochenende abgesetzt wurde, hat im Weißen Haus und in Downing Street 10 für bleiche Gesichter gesorgt. Schließlich steht Bush mittlerweile in einem Wahlkampf, und auch für Tony Blair wird die Luft immer dünner. Dem britischen Premierminister droht zwar keine Wahlniederlage (in Britannien wird frühestens nächstes Jahr gewählt), außerdem hat dort die größte Oppositionspartei Blairs Kriegskurs stets mitgetragen), aber das Vertrauen in seine Person schwindet von Tag zu Tag. Etwas aber werden die Regierenden in Washington und London sicherlich aus den Ohrfeigen gelernt haben, die die spanischen WählerInnen ihrem Freund Aznar erteilten – und sei es nur, dass man die Bevölkerung in kritischen Momenten nicht so kreuzdämlich für dumm verkaufen kann.

Erinnern wir uns: Noch am Freitagabend – 36 Stunden nach den verheerenden Anschlägen in Madrid, die 200 Menschen das Leben kosteten und 1400 zum Teil schwer verletzten – sah es so aus, als würde Aznars Volkspartei (PP) wieder als stärkste Partei aus der Parlamentswahl hervorgehen. Die SpanierInnen standen noch kollektiv unter Schock und waren gewillt, ihrer Regierung zu folgen, die unter der Parole „Mit den Opfern, für die Verfassung, gegen den Terrorismus“ zu Kundgebungen aufrief. Der Zusatz „für die Verfassung“ zeigte bereits, wogegen sich der Protest richten sollte: gegen den baskischen Nationalismus im Allgemeinen und ETA im Konkreten. Und so skandierten Millionen „ETA no!“, während die Regierenden, die in Madrid mitmarschierten, bereits wussten, dass fast alle Indizien nicht auf ETA, sondern eine radikal-islamische Gruppe hinwiesen.

Sie versuchten auch am Tag danach, die Hinweise unter dem Teppich zu halten: Noch am Samstagabend, wenige Stunden vor Wahlbeginn, hielt Innenminister Angel Acebes an der Behauptung fest, vor allem ETA sei verdächtig. Dabei analysierte die Polizei bereits seit dem Vormittag das Bekennervideo von al-Kaida. Acebes ignorierte bei seinem Auftritt am Samstagabend auch das doppel-

te Dementi der baskischen Untergrundorganisation ETA (obwohl sein Vorgänger und Parteikollege Jaime Mayor Oreja einmal wortwörtlich gesagt hatte: „ETA tötet, lügt aber nicht“) und die Informationen des spanischen Geheimdienstes CNI, der schon am Freitag zu 99 Prozent sicher war, dass militante Islamisten hinter den Anschlägen stecken. Die Regierung wollte mit allen Mitteln verhindern, dass die Bevölkerung die Anschläge als das erkennt, was sie sind: eine Antwort auf Aznars bedingungslose Unterstützung der USA im Krieg gegen den Irak.

Zunächst sah es so aus, als würde das auch gelingen. Die spanische Bevölkerung wollte an einen ETA-Anschlag glauben: Vielen war diese Vermutung eher erträglich als der Gedanke an eine islamistische Urheberschaft. Mit ETA lebt Spanien seit dreißig Jahren. ETA ist ein Gegner, den man kennt. Es wäre ja auch nicht das erste Mal gewesen, dass die militanten BaskInnen kurz vor einer Wahl ein Attentat verüben.

Schon vor den großen Demonstrationen am Freitagabend war es daher schon in allen spanischen Städten zu spontanen Anti-ETA-Kundgebungen gekommen; die rund 700 in spanischen Gefängnissen inhaftierten ETA-Gefangenen wurden sofort isoliert. Wie aufgeheizt die Stimmung war, zeigte sich am Samstag: In Pamplona erschoss ein spanischer Polizist den 61-jährigen Bäcker Angel Berrueta. Die Frau des Polizisten wollte in der Bäckerei ein Anti-ETA-Plakat aufhängen, Berrueta lehnte dies ab. Kurz darauf erschien das Mitglied der spanischen Nationalpolizei und feuerte vier Kugeln ab. Berrueta war das 201. Opfer des Anschlags von Madrid.

Währenddessen nahm die Desinformationspolitik der Regierung geradezu groteske Züge an. Ab Donnerstag strahlte der staatliche, von der PP kontrollierte Fernsehsender TVE unaufhörlich Interviews mit Angehörigen von früheren ETA-Opfern und Filme über den ETA-Terrorismus aus (ganz wie vor anderthalb Jahren, als TVE Bilder von wunderschönen, sauberen Stränden in Galicien zeigte, während die Küste bereits



Am Vorabend der Wahl in Barcelona: „Euer Krieg, unsere Toten“ steht auf dem linken Transparent. Bild: Indymedia

unter dem Ölschlamm des Tankers „Prestige“ erstickte). Die spanische Außenministerin Ana Palacio gab den spanischen Botschaften in aller Welt die Order, jede mögliche andere Täterschaft als die von ETA zu bestreiten. Gleichzeitig beschwerte sich die Vereinigung ausländischer JournalistInnen in Madrid darüber, dass ihre Mitglieder von RegierungsmitarbeiterInnen angerufen und dazu aufgefordert wurden, in ihren Artikeln keinen Zweifel an ETAs Urheberschaft zu lassen. (...)

Diese offensichtlichen Manipulationsversuche haben erheblich dazu beigetragen, dass ab Samstagmittag auf Spaniens Straßen nur noch eine Frage gestellt und diskutiert wurde: „Wer wars?“ Noch am Samstagabend brach sich die Empörung über die Desinformationspolitik der Regierung Bahn. Per SMS und E-Mails mobilisiert, demonstrierten in allen Provinzhauptstädten Tausende vor den Parteibüros der PP gegen den Krieg im Irak. Manche trugen nur ein Wort mit sich herum: „Paz“, Friede. Andere skandierten „Aznar, canalla, nos vemos en La Haya“ (Aznar, du Kanaille, wir sehen uns in Den Haag). Überall, auch in Sevilla, wurde immer wieder ein Satz wütend herausgeschrien: „Wir haben es ja gesagt: Nein zum Krieg!“

Diese Empörung und Ohnmacht gegenüber einer selbstgerechten Partei, die Spanien über Jahre hinweg mit absoluter Mehrheit und ohne jeden Kompromiss regiert hatte, zeigte sich auch bei der Wahl am Sonntag. Die PP wurde nicht nur für ihre Informationspolitik nach den Anschlägen abgestraft. Am Sonntag wurde mit Aznar abgerechnet, mit seinen Lügen und vor allem mit seiner Freundschaft zu George Bush, die Spanien in einen Krieg geführt hatte, den neunzig Prozent der Bevölkerung nie wollten und weiterhin ablehnen.

Gewiss: Erst die Anschläge in Madrid haben die tief sitzende Antikriegshaltung in den Vordergrund gerückt. Erst die Bomben machten vielen bewusst, dass ein Votum für die PP gleichbedeutend ist mit einer Zustimmung für die weitere Präsenz spanischer Truppen im Irak. Aber es gingen auch viele zur Urne, die dies ohne die politische Zuspitzung der letzten Tage nicht getan hätten – Leute, die an eine Veränderung der politischen Verhältnisse nicht mehr glaubten und denen die sozialdemokratische PSOE keine Alternative bot. Für sie machten die PP-Tricks der letzten Woche die PSOE zum wählbaren kleineren Übel. Die Wahlbeteiligung stieg um über acht Prozent. Die Terroristen hätten die Wahl gewonnen, kreischen nun die Wahlverlierer, ohne Usama Bin Laden hätte der PSOE-Kandidat José Luis Rodriguez Zapatero nie gewonnen. Und manche Medien zetzen mit. Dabei übersehen sie, dass Umfrageergebnisse in den letzten Wochen bereits darauf hindeuteten, dass die PP ihre absolute Mehrheit verlieren könnte.

Besonders aufschlussreich sind die Wahlergebnisse in den Regionen Katalonien, Baskenland und Galicien. In Katalonien und dem Baskenland gewannen vor allem Regionalparteien, die eine deutlich größere Autonomie gegenüber dem Zentralstaat befürworten – nach der Devise: Von dort kommt nichts Gutes. In Katalonien konnte die linksrepublikanische ERC ihren Stimmenanteil verdreifachen (vor allem auf Kosten der gemäßigten nationalistischen Regionalpartei CiU, die früher mit der PP eine Koalition eingegangen war). Im Baskenland wurde die nationalistische Regionalpartei PNV zur stärksten Partei – vor der PSOE, die ebenfalls zugelegt hatte. Dennoch weisen diese Resultate nicht auf ein Auseinanderdriften hin, wie das Ergebnis in Galicien zeigt. Dort hatte sich die PP besonders sicher gewähnt, konnte sie doch trotz der von PP-dominierten Behörden mitverursachten Ölkatstrophe beim Untergang der „Prestige“ die Kommunal- und Regionalwahlen im letzten Jahr gewinnen. Jetzt aber verloren in dieser traditionell konservativen Region sowohl die moderaten Nationalisten vom Block Galicien BNG wie auch die PP viele Stimmen an die PSOE.

Dabei machen sich viele keinerlei Illusionen: „Wie schlecht muss es uns gehen, dass wir uns so über einen Sieg der PSOE freuen“, haben mir Freunde aus Pamplona gemäilt. Im Baskenland erinnert man sich noch gut an die PSOE-Politik vergangener Tage, als der ehemalige sozialdemokratische Ministerpräsident Felipe Gonzales staatliche Killerkommandos gegen BaskInnen einsetzte.

José Luis Rodriguez Zapatero, der neue Regierungschef, scheint zu wissen, dass er nur dank einer Revolte der Bevölkerung und als kleineres Übel an die Macht kam. Ob er seine im Wahlkampf gemachten Versprechungen auch einhalten wird und kann (Vorrang für staatliche Bildungsstätten gegenüber privaten Einrichtungen, Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse, Förderung des staatlichen Wohnungsbaus), ist noch unklar. Eine zentrale Zusage wird er aber einhalten müssen: Den Abzug der spanischen Truppen aus dem Irak bis spätestens Ende Juni. Daran kann er nun nicht mehr vorbei. Dass er sich daran halten will, hat er nach der Wahl ausdrücklich bestätigt und den Freunden seines Vorgängers gleich noch eine Lehre erteilt: „Auf der Grundlage von Lügen darf nie Krieg geführt werden.“ Sein Sieg hat die von Washington als „altes Europa“ bezeichnete Anti-Irakkrieg-Allianz von Frankreich und Deutschland gestärkt. Frankreich plant nun einen neuen Vorstoß in der Uno. Damit die spanischen SozialdemokratInnen nicht vergessen, wem sie den Regierungswechsel zu verdanken haben, werden in Spanien am Wochenende wieder Zehntausende auf die Straßen gehen, um – wie viele andere auf der Welt – an den Kriegsbeginn vor einem Jahr zu erinnern.

Zur Debatte zwischen Regierung und Opposition um das Zuwanderungsgesetz

Für die einen Eliteprivileg, für die anderen Faustrecht

Die Debatte zwischen den Regierungsparteien und der CDU/CSU/FDP-Opposition im Bundestag über das von der Regierung vorgelegte Zuwanderungsgesetz ist selbst für hartgesottene Beobachter des Parlamentsgeschehens inzwischen nur noch schwer nachvollziehbar. Zur Erinnerung: Im August 2001 hatte die Regierung ihr Zuwanderungsgesetz als eines ihrer angeblich größten innenpolitischen Reformvorhaben erstmals vorgelegt, nachdem vorher eine Zuwanderungskommission unter Vorsitz der früheren CDU-Ministerin Süssmuth monatelang getagt und beraten hatte. Anfang 2002 hatte der Bundestag das Regierungsgesetz angenommen, im März 2002 folgte dann der Bundesrat. Dabei kam es zu dem inzwischen in die Geschichte eingegangenen Eklat – der falschen Bewertung der Brandenburger Stimmen durch den die Sitzung leitenden Berliner Regierungschef Wowereit auf der einen Seite und die brüllenden und tobenden hessischen und bayerischen Regierungschefs Koch und Stoiber auf der anderen Seite. Im Dezember 2002, nach der Bundestagswahl, erklärte das Verfassungsgericht die Abstimmung im Bundesrat für ungültig, das Gesetz für obsolet. Im Januar 2003 legte die Regierungskoalition daraufhin ihr altes Gesetz erneut vor, verabschiedete es kurz darauf auch im Bundestag, hatte aber zu dem Zeitpunkt bereits infolge der hessischen und niedersächsischen Landtagswahl-Ergebnisse jede Chance auf eine eigene Mehrheit im Bundesrat verloren und hängt seitdem auf Gedeih und Verderb von der Zustimmung der Union ab.

Seitdem hängt das Gesetz im Vermittlungsausschuss von Bundesrat und Bundestag – und wird auf eine Weise für parteipolitische Showkämpfe instrumentalisiert wie kaum ein anderes Gesetz zuvor. Die CDU/CSU will eigentlich gar kein neues Gesetz, und wenn, dann nur eins, das die Abschiebung von Flüchtlingen und Migranten noch leichter als bisher macht und zugleich den seit 1973 bestehenden Anwerbestopp im Grundsatz beibehält. Die Wirtschaft drängt dagegen auf eine Liberalisierung des Anwerberechts, vor allem für höher qualifizierte Kräfte, um die Konkurrenz und den Leistungsdruck unter ihrem akademisch qualifizierten Fachpersonal zu schüren und die Bezahlung auch in diesen Gehaltszonen senken zu können. Drittens lockt die Regierung mit Zahlungen an Länder und Gemeinden für „Integrationsmaßnahmen“, im wesentlichen Sprachkurse, bei denen vor allem Städte und Gemeinde-Kämmerer, aber

auch Wohlfahrtsverbände und andere glitzernde Augen bekommen und deshalb auf Inkrafttreten drängen.

Aus beiden Gründen kann die Union nicht ganz so, wie ihr deutsch-völkisches Herz eigentlich will, und muss verhandeln. Auf der anderen Seite agiert eine Regierung, die die anfangs behaupteten Ziele, ein „weltoffenes“, „modernes“ und „humanes“ Flüchtlings- und Migrationsrecht, inzwischen völlig schnuppe scheinen. Hauptsache, am Ende kommt ein Gesetz heraus, von dem die Regierung, egal, was drin steht, behaupten wird, sie habe etwas kolossal „Moderne“ geschaffen.

Die engsten Akteure – ein Club von sechs Männern, auf Regierungsseite Innenminister Schily, SPD-Innenpolitischer Wiefelstütz und der Grüne Volker Beck, auf Oppositionsseite CDU-Ministerpräsident Müller (Saarland), CSU-Innenminister Beckstein und der innenpolitischer Sprecher der FDP, Max Stadler – sollen inzwischen angeblich 90 Prozent der über 100 von der CDU/CSU vorgelegten Änderungswünsche abgearbeitet haben. Am vergangenen Wochenende tagte wieder einmal das Konklave. Am 24. März soll eine weitere Runde tagen. Bis 31. März bzw. „bis Ostern“ sei eine Verständigung in Sicht, verbreitet Schily. Erst dann wird man wissen, was wirklich drin steht.

Der Zwischenstand scheint zu sein: Im Bereich der akademisch qualifizierten Kräfte scheint eine Lockerei des Anwerbestopps in Sicht. Wie ernst die Interessen der Wirtschaft, aber auch der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen auf diesem Gebiet sind, hatte kürzlich der frühere BDI-Präsident Henkel deutlich gemacht. Henkel ist inzwischen Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, ein Verbund von etwa 80 Forschungseinrichtungen, die von Bund und Ländern finanziert werden. In einem selbst für seine Verhältnisse erstaunlichen Wutausbruch kritisierte er die Union öffentlich für ihre elende Blockadepolitik und verlangte, das Gesetz endlich zu verabschieden, damit Wissenschaft und Forschung auf ausländische Fachkräfte zurückgreifen könnten. Dem will nun auch die Union nicht mehr im Wege stehen. Der Anwerbestopp für akademisch qualifizierte Fachkräfte dürfte fallen.

Einig scheint man sich auch zu sein beim Thema Aufenthaltsrecht für ausländische Studierende. Diese mussten bisher nach Abschluss ihres Studiums ausreisen und gingen so der Wirtschaft, den Hochschulen und Forschungseinrichtungen als Arbeitskräfte verloren. In Zukunft sollen sie nach dem Ende des Studiums ein Jahr lang bleiben und sich einen Job suchen dürfen.

Unter dem Eindruck der EU-Osterweiterung scheint die Union inzwischen sogar akzeptieren zu wollen, was sie in Bayern und anderswo ohnehin prakti-

ziert: Dass Anwerbungen im Ausland nämlich selbst bei weniger qualifizierten Kräften erlaubt sind, wenn das den Unternehmen ins Kalkül passt.

Unstrittig scheinen auch die schon genannten Integrationskurse zu sein – wenngleich der Betrag, den der Bund am Ende zahlt, immer weniger geworden ist. Jetzt will der Bund nur noch die Kosten eines Basissprachkurses zahlen und die Integrationskosten für Aussiedler. Alle anderen Kosten sollen weiter Länder und Gemeinden zahlen. Tatsächliche Integration bleibt damit nachrangig, vorrangig bleibt die Diskriminierung aller „Fremden“.

Strittig sind weiter Fragen des Asylrechts. Viele EU-Staaten interpretieren die auf diesem Gebiet maßgebliche Genfer Flüchtlingskonvention inzwischen so, dass unter die dort genannten Asylgründe auch nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung fällt. Die deutsche Asylpraxis lehnt das ab – und



Auch zukünftig kaum Aussicht auf Asyl

wird darin durch restriktive Urteile vor allem des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt. Auf Drängen von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen hatte die Regierung deshalb im Gesetz ausdrücklich solche Verfolgung als Asylgrund anerkennen wollen. Dagegen sperrt sich die Union weiter, mit „Argumenten“, die genauso ordinär wie abstoßend sind. „Wir wollen nicht, dass künftig der Ehemann, der seine Frau verprügelt, hier als Asylgrund der Frau gelten würde“, verkündete CDU-MdB Koschyk, früher Funktionär beim Bundesverband der Vertriebenen, am 19. März 2004. Es ist bezeichnend für die CDU/CSU, dass sie Leute, die das Nachdenken über weltweite Fluchtbewegungen und deren Ursachen auf das Niveau von Kneipenschlägereien herunterbringen, als ihre Sprecher agieren lässt. Trotzdem ist Schily – und in seinem Tross der Grüne Volker Beck – auch auf diesem Gebiet zu Kompromissen bereit. Am Ende dürfte es bei der seit Jahren praktizierten Abschottung gegen Flüchtlinge bleiben – inklusive der durch die Spuren an den EU-Außengrenzen produzierten Todesopfer unter Menschen, die hier Schutz vor Verfolgung und Not suchen. Von „Humanisierung“ des Flüchtlingsrechts bleibt keine Spur.

Auch die ausländerfeindliche Grundtendenz vieler anderer Regelungen im deutschen Recht soll bestehen bleiben. Unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ will die Union Regelungen einführen, die sogar das von ihr selbst seit Jahrzehnten praktizierte restriktive Ausländerrecht noch übertreffen. Der schon zitierte Hartmut Koschyk formulierte den Katalog von CDU/CSU so: „Ein Zuwanderungsgesetz ist ohne Beseitigung der ausländerrechtlichen Sicherheitslücken nicht vorstellbar ... Das betrifft die Regelausweisung bei Terrorismusverdacht, die Regelausweisung bei Extremisten, ... die obligatorische Regelanfrage bei Polizei und Verfassungsschutz vor Erteilung nicht befristeter Aufenthaltstitel oder einer Einbürgerung, die Speicherung der ethnischen Herkunft im Ausländerzentralregister ...“ usw. usf. (Pressemitteilung der CDU/CSU-MdBs Hartmut Koschyk und Thomas Strobl, 19.3.2004)

Solche „Regelausweisung bei Verdacht“ erlaubt das Ausländerrecht schon heute. § 45 Abs. 1 des Ausländergesetzes lautet: „Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn sein Aufenthalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt.“ Aber selbst diese Generalklausel verlangt vor ihrer Anwendung ein Mindestmaß an rechtsstaatlicher Prüfung. So müssen mindestens gerichtlich nachprüfbar Verdachtsmomente vorliegen und nicht irgendeine Verleumdung oder Denunziation, womöglich von einem deutschen Neonazi oder dem Geheimdienst eines Verfolgerstaates. Und selbst wenn das vorliegt, kann eine Abschiebung nach geltendem Recht nicht vollstreckt werden, wenn dem Betroffenen im Zielland Folter oder andere schwere Menschenrechtsverletzung droht. Der Beschuldigte kann dann nur hier inhaftiert, angeklagt und durch ein Gericht verurteilt werden. Das verlangen auch internationale Konventionen.

Im Grunde geht es den Unionsparteien deshalb bei ihren angeblich „sicherheitspolitischen“ Forderungen darum, selbst diese internationalen Konventionen – wie die Europäische Menschenrechtskonvention, die in Artikel 3 Folter und unmenschliche, erniedrigende Strafe und Behandlung verbietet, und die UN-Konvention gegen Folter – künftig irgendwelchen tagespolitischen Kalkülen der Exekutive unterzuordnen und damit praktisch brechen zu dürfen. Ähnlich wie die Bush-Administration im Völkerrecht, will die Union im Ausländerrecht weg vom Recht, hin zum Faustrecht.

Die nächsten Tage werden zeigen, ob die rot-grüne Regierung diesem Ansinnen nachgibt. Die Signale, dass dem so sein wird, sind zahlreich.

rül

Quellen: junge Welt, 16.1. und 10.2.04, Max Stadler (FDP-MdB), Pressemitteilungen vom 17.3. und 22.3.04; CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Pressemitteilungen vom 16. und 19.3.2004, Reuters, ddp, dpa, Netzeitung, 22.3.2004



Überall in Kurdistan und in allen größeren Städten der Türkei fanden Newrozveranstaltungen statt. Die größte Veranstaltung in Nordwestkurdistan fand wieder in Diyarbakir statt, wo zwischen 600-700 000 Menschen (links) zusammenkamen. Weitere Großkundgebungen wurden in Adiyaman mit 7 000, Agri 5 000, Antep 30 000, Batman 200 000, Bingöl 20 000, Maras 11 000, Van 200 000, Elazig, Mardin und Sirnak mit jeweils mehreren Zehntausend Men-



schen abgehalten. In Urfa kamen 100 000 zum Newroz-Kulturfestival 2004 (rechts). Aufgerufen hatten die Dehap und das Kommunalwahlbündnis, die Gewerkschaften und Menschenrechtsorganisationen. Im Westen der Türkei kamen u.a. in Andana 30 000, Mersin 8 000, Istanbul 80 000, Izmir 50 000, Osmaniye 5 000 Menschen. In Halep (Aleppo, Syrien) kamen 50 000 zu einer Veranstaltung der PYD (Partei der demokratischen Einheit, Kongra-Gel).

rub

USA: Soziale Proteste nehmen zu

In die dritte Woche geht inzwischen der Streik mehrerer hundert Beschäftigter der Nahverkehrsbetriebe in Minnesota. Ähnlich wie beim inzwischen beendeten Streik der Beschäftigten dreier großer Einzelhandelsketten im südlichen Kalifornien geht auch dieser Streik um die Verteidigung der Gesundheitsversorgung gegen Angriffe der Geschäftsführung. Der Streik genießt große Unter-

stützung auch in der Bevölkerung, gerade weil er die Frage der Gesundheitsversorgung und der Armut bei Arbeit thematisiert. Am 18. März demonstrierten rund 1.300 Beschäftigte und Unterstützer vor dem Regierungsgebäude von Minnesota (Bilder: Twincities.indymedia.org). Auch in anderen Städten der USA mehren sich Streiks und andere Aktionen für Mindeststandards ist. So demonstrierte eine große, bunte Menge in San Diego für ein Mindesteinkommen für Familien.

Russland I: Die Wirtschaft wächst, die Armut bleibt

Das Wachstum des russischen Bruttoinlandsprodukt 2003 um 7,3% (2002: 4,7%) geht auf hauptsächlich zwei Faktoren zurück: Zum einen nehmen die in- und ausländischen Investitionen zu, 2003 um 12,5%. Zum anderen sind die Erdölpreise 2003 um rund 15% gestiegen. Das spülte viel Geld in die Kassen, bedeutet aber zugleich ein Problem, weil die Abhängigkeit Russlands vom Rohstoffexport damit weiter zunimmt. Der Anteil der Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport beträgt mehr als 20% des BIP. Trotz des Wirtschaftswachstums und trotz Steigerung des Durchschnittslohns ist das Problem der Armut nach wie vor gewaltig. Rund 31,2 Mio. Menschen leben noch unter der offiziellen Armutsgrenze von umgerechnet 74 \$/Monat.

Russland II: „Die Chancen sind greifbar geworden“

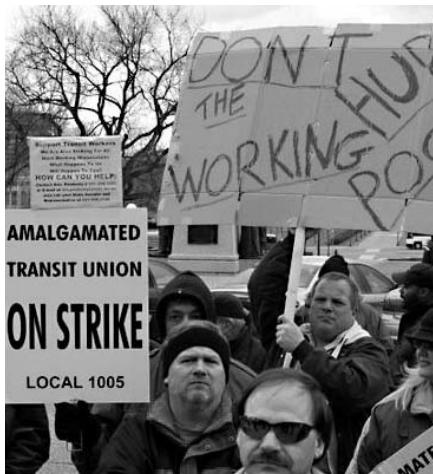
So äußerte sich im Jahresbericht der Verband der Deutschen Wirtschaft in der Russischen Föderation. Die Vereinfachung des Zollverfahrens und vor allem die Abschaffung diverser Steuern, die Senkung von Gewinn- und Einkom-

menssteuern sowie die Verbesserung der Investitionsbedingungen, u.a. durch ein neues Bodenrecht, das Ausländern ermöglicht, Grund und Boden zu erwerben, hat 2003 zu verstärkten Investitionen deutscher Unternehmen in Russland geführt. Allein im ersten Halbjahr 2003 floss deutsches Kapital in Höhe von knapp 3 Mrd. US-\$ – damit ist die deutsche Wirtschaft größter Gesamtinvestor in der Russischen Föderation.

Russland III: Ausländerfeindlichkeit greift immer weiter um sich

Die Fremdenfeindlichkeit sei in Russland noch nie so groß gewesen, schätzen Soziologen vom analytischen Zentrum Jurij Lewada. Vor allem Tschetschenen und andere Kaukasier, Afrikaner und asiatische Minderheiten sind betroffen. Mindestens zwei bis drei Mal pro Woche kommt es zu gewalttätigen Übergriffen. Dass sich 30 bis 40 Skinheads zusammenrotteten und auf offener Straße die Jagd auf Menschen eröffnen, sei keine Seltenheit mehr, so G. Kotchofa, Präsident der 80.000 Mitglieder zählenden Vereinigung ausländischer Studierender. Die Polizei schlösse oft Augen und Ohren, so ai. Im Gegenteil sind Nicht-Russen erheblicher Diskriminierung ausgesetzt. So sei es keine Seltenheit, dass Ausländer unter dem Vorwand, die Papiere zu überprüfen, auf eine Wache verbracht werden, wo ihnen dann auch schon mal Rauschgift oder Waffen untergeschoben werden, so dass die Betroffenen sich dann freikaufen müssen. – Am 19.3. protestierten in Petersburg rund 40 ausländische Studierende gegen die Ermordung eines Kommilitonen. „Wir sind zum Studieren gekommen und kehren in Särgen zurück“, stand auf ihren Plakaten zu lesen. (Quelle: DW)

Zusammenstellung: scc



MANNHEIM, HANNOVER. Etwa 1.500 vorwiegend kurdische Frauen demonstrierten von der Mannheimer Innenstadt zum Neumarkt in der Neckarstadt, um anlässlich des internationalen Frauentages am 8. März für die Rechte der Frauen, für Frieden weltweit, für die Rechte der kurdischen Menschen und für die Freilassung von Öcalan einzutreten. (Bild) Die Kundgebung war angemeldet vom Kulturzentrum Kurdistan in Mannheim. Die Frauen kamen aus dem süddeutschen Raum. Wie nicht anders zu erwarten war, verlief die Demonstration friedlich. Trotzdem wurde sie, wie bei KurdInnen leider immer noch üblich, von mehreren Hundertschaften Polizei und von einer Heerschar Staatsschützer begleitet. – In Hannover feierten am 21. März zehntausende Kurden mit einer Kundgebung für „Frieden, Freiheit und Demokratie in der Türkei und im Mittleren Osten“ ihr Neujahrsfest. Nach Polizeiangaben nahmen 25.000 Kurden aus Deutschland, den Benelux-Staaten und Frankreich teil. Die Sprecherin der Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland, Ayten Kaplan, gab die Teilnehmerzahl mit „über 80.000“ an. Viele Demonstranten verlangten die Freilassung des in der Türkei inhaftierten PKK-Chefs Abdullah Öcalan.

scr
www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/erklaerungen



Strafanzeige gegen Merkel wegen Propagierung eines Angriffskrieges

MÜNCHEN. Claus Schreer vom Bündnis München gegen Krieg stellte jetzt Strafanzeige gegen die Vorsitzende der CDU, Angelika Merkel, wegen öffentlicher Propagierung der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen auf der „Münchner Sicherheitskonferenz“ am 7. Februar 2004. Er schreibt: In ihrer Rede vor rund 250 Konferenzteilnehmern plädierte Angela Merkel für eine Außenpolitik Deutschlands, die „zur Durchsetzung der Interessen der eigenen Nation ... alle Mittel ... bis zu Marschflugkörpern ... in Betracht zieht“. Dies müsse, so betonte sie ausdrücklich, der „Maßstab einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein.“ Die Propagierung des Einsatzes militärischer Gewalt, um damit „Politik und Handeln anderer Nationen zu beeinflussen“ ist

erstens ein eklatanter Verstoß gegen den im Grundgesetz definierten Verteidigungsauftrag der Bundeswehr (Art. 87a und Art. 115a GG),

zweitens ein Verstoß gegen das Verbot, die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten (26 GG, Paragraph 80 Strafgesetzbuch) und erfüllt

drittens den Straftatbestand „Aufstacheln zum Angriffskrieg“ nach Paragraph 80a des Strafgesetzbuches. Dort steht: „Wer im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes öffentlich in einer Versammlung oder durch Verbreiten von Schriften (§11, Ab. 3) zum Angriffskrieg (§80) aufstachelt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.“

Die entsprechende Stelle in der Rede Angels Merkels lautete: „Dabei lohnt meines Erachtens ein Blick in die im letzten Jahr erschienene Autobiographie der

früheren amerikanischen Außenministerin der Clinton-Administration, Madeleine Albright. Zu Beginn Kapitels ‚im Duell mit Diktatoren‘ schreibt Frau Albright in ihrem Buch – ich zitiere: ‚Die zentrale außenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern.‘ – Ende des Zitats. Noch einmal, das ist kein Zitat z.B. von Minister Rumsfeld, sondern von Frau Albright, das aber nur am Rande bemerkt. Im Grunde ist es eine verblüffend einfache Definition – den Interessen und den Werten der eigenen Nation dienen und dabei alle Mittel in Betracht ziehen. Aber es ist auch eine Definition, die aus meiner Sicht nicht nur für die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik Gültigkeit haben muss, sondern Maßstab einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein sollte, besser: sein muss.“

Diese am 7. Februar in München propagierte „außenpolitische Zielsetzung“ ist eindeutig verfassungswidrig und eine zu verfolgende strafbare Handlung.

Hochachtungsvoll Claus Schreer,
Bündnis München gegen Krieg

Bundesverfassungsgericht lehnte NPD-Demonstration in Bochum ab

BOCHUM. Das Bundesverfassungsgericht (BVG) bestätigte am 12. März 2004 ein Verbotsurteil des Oberverwaltungsgerichts Münster für die geplanten NPD-Demonstrationen am 13. und 20. März in Bochum. Zur Begründung führte das BVG an, das Motto der Demonstration „Stoppt den Synagogenbau – vier Millionen fürs Volk“ erfülle den Tatbestand

der Volksverhetzung und verstöße gegen die öffentliche Sicherheit, das Versammlungsmotto verfolge in hetzerischer und aggressiver Weise das Ziel der Ausgrenzung der in Deutschland lebenden jüdischen Mitbürger. Daran ändere weder die mit enthaltene finanzpolitische Forderung etwas, noch die Tatsache, dass die Veranstalter das Motto der Demonstration inzwischen geändert hätten. NRW-Innenminister Behrens erklärte in Düsseldorf, das BVerfG habe „zu Recht verhindert, dass die NPD mit aggressiven und hetzerischen Parolen die Grenzen der Meinungsfreiheit sprengt“.

Am 13. März fand morgens eine linke Demonstration sowie mittags eine Kundgebung des Oberbürgermeisters und andere Repräsentanten der Stadt für einen Wiederaufbau der Synagoge statt.

www.astabochum.de

Erklärung des Marburger Magistrats gegen Rechtsextremismus

MARBURG. „Der Missbrauch des Rechtes auf Demonstration ist den Menschen nicht zumutbar“, heißt es in der Erklärung gegen Rechtsextremismus des Marburger Magistrats, über die die Oberhessische Zeitung berichtet:

Die vom „Aktionsbündnis Mittelhessen“ am 21. Februar organisierten Demonstrationen in Gladbach und Marburg seien als Provokation angelegt gewesen, sagte am 15.3.2004 Oberbürgermeister Dietrich Möller (CDU). Einen solchen „Missbrauch des Grundrechts auf Demonstration“ nehme der Magistrat nicht hin. Ziel der gemeinsamen Erklärung sei, den Rechtsradikalen öffentlich deutlich zu machen: „Wir wollen euch hier nicht haben.“

Das Stadtparlament hatte in seiner Sitzung am 27. Februar dem Magistrat

einstimmig den Auftrag erteilt, ähnlichen rechtsradikalen Auftritten mit allen politischen und rechtlich zulässigen Mitteln entgegenzuwirken. Im Antrag der PDS, Auslöser für diesen Beschluss, war auch gefordert worden, dass der Magistrat künftig öffentlich Position beziehen soll.

Grundlage des Appells gegen den Missbrauch des Demonstrationsrechts ist ein Parlamentsaufruf vom November 2000 für Toleranz sowie gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhass. „Hass und Gewalt, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus dürfen in unserer Stadt keine Chance haben“, lautet der zweite von insgesamt fünf Punkten der Erklärung. Unterschrieben haben sie, neben den drei Hauptamtlichen, die ehrenamtlichen StadträteInnen Dr. Christine Amend-Wegmann (Grüne), Käte Dinnebier (SPD), Gisela Schultheiß (CDU), Dr. Marlis Sewering-Wollanek (SPD), Nico Biver (PDS), Friedrich Reinhard (CDU), Klaus Sprywald (SPD) und Heinz Wehrum (Bürger für Marburg).

Das rechtsextreme „Aktionsbündnis Mittelhessen“ hat für den 17. April eine weitere Demonstration angemeldet. Der Magistrat will vor diesem Termin erneut öffentlich Stellung beziehen.

*Oberhessische Presse, 16.03.2004
www.netzgegenrechts.de*

Protest gegen Botschaftsvorführungen algerischer Flüchtlinge

MÜNCHEN. In dem Flüchtlingslager an der Tischlerstrasse 30, in Fürstenried-West, fand am 17.3.2004 eine Botschaftsvorführung für ca. 100 Algeriern statt. Polizeibusse brachten algerische Flüchtlinge aus vier Bundesländern nach München, um für die Abschiebung erforderliche „Heimreisepapiere“ ausstellen zu lassen. Einem Vertreter der algerischen Botschaft wurde in dem Lager ein Raum zur

Verfügung gestellt, in dem er die Flüchtlinge dann „interviewte“. Auf Basis dieses Verhörs stellt der Botschaftsvertreter die Herkunft fest. Wird die algerische Herkunft bestätigt, kann abgeschoben werden. – Mitglieder der „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten“ protestierten gegen die anhaltenden Abschiebungen in das Bürgerkriegsland: „Trotz gravierender Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Organe werden algerische Asylsuchende von deutschen Behörden und Gerichten systematisch abgelehnt. Im Jahr 2002 erhielten nur 4 Algerier in ganz Deutschland Asyl. Eine neue Bewertung der Lage in Algerien durch das Auswärtige Amt ist dringend notwendig, wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp nach Algerien.“ <http://carava.net>

Studierende kritisieren KMK-Vorschlag für „Netzwerk der Exzellenz“

BONN. Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) steht dem Vorschlag der Kultusministerkonferenz (KMK) zum Aufbau eines „Netzwerks der Exzellenz“ kritisch gegenüber. „Ob Exzellenz oder Elite – unsere Bedenken bleiben weitgehend die gleichen“, kommentiert Nele Hirsch vom Vorstand des bundesweiten studentischen Dachverbandes. Aus Sicht des fzs zielt das „Netzwerk der Exzellenz“, ebenso wie das Elite-Konzept der Bundesregierung, auf eine Zwei-Klassen-Bildung ab und führt damit zu einer Verschärfung der sozialen Selektivität. So definiert die KMK beispielsweise „Studienangebote für Hochbegabte“ als Kriterium für herausragende Lehre und spricht sich außerdem für eine Stärkung des Auswahlrechts der Hochschulen aus. Der fzs lehnt diese Forderung ab. „Die Hochschulen müssen Studieninteressierte mit unterschied-

lichen Bedürfnissen, Hintergründen und Interessenslagen offen stehen,“ sagte Hirsch, „nur so können existierende gesellschaftliche Realitäten und Probleme an die Hochschule gebracht werden.“

Die weiteren Kriterien für herausragende Lehre sind aus Sicht des fzs größtenteils oberflächlich. „Es hat wenig Wert, nur darauf zu schauen, ob Bachelor und Master formal eingeführt sind. Vielmehr muss gefördert werden, dass Studiengänge auch inhaltlich reformiert werden und durch sinnvolle Modularisierung das Studium für Studierende besser planbar und transparenter wird. Genau dies geschieht aber derzeit nicht!“, so Colin Tück, ebenfalls Vorstandsmitglied im fzs.

Auf Zustimmung stößt beim fzs das klare Bekenntnis der KMK zur Notwendigkeit der Breitenförderung. Angesichts der desolaten Finanzlage der Hochschulen in Deutschland genügt es nicht, wenn nur auf weitere Mittelkürzungen verzichtet wird. Damit die Hochschulen die an sie gerichteten Anforderungen erfüllen können, sind aus Sicht des fzs zusätzliche Mittel dringend erforderlich.

www.fzs-online.org

1. Stufe im Bremer Volksentscheid „Gesundheit ist keine Ware“

BREMEN. 4.600 Unterschriften gegen die Privatisierung der Bremer Stadt-Krankenhäuser hat die Bremer Attac-Gruppe „Soziale Sicherungssysteme“ am 25.2.2004 dem Stadtamt übergeben. 4.000 Unterschriften sind notwendig, um einen Zulassungsantrag für ein Volksbegehren zu stellen. Sollte dieser grünes Licht bekommen, müsste die Initiative in drei Monaten 40.000 Unterschriften sammeln. Ob die Gewerkschaft Ver.di hier intensiv mitwirken wird, ist derzeit noch nicht ganz klar. www.attac.de/bremen



DRESDEN. 6.000 Dresdner folgten am 3. März 2004 dem Aktionsbündnis „Dresden wählt Kultur“ und protestierten gegen den geplanten Kulturbau. Stadtteilbibliotheken sollen geschlossen werden, das Theater Junge Generation und die Operette stehen vor der Reduzierung von Aufführungen, die Musikfestspiele und die Philharmonie müssen Kürzungen verkratzen, die Soziokultur ist gefährdet. 1.000 bildeten dann am 18.3. eine Menschenkette um das Rathaus.



MÜNCHEN. Während der Landtagsdebatte zum Nachtragshaushalt protestierten am 16. März 2004 mehr als 10.000 auf dem Münchner Marienplatz gegen die Sparbeschlüsse der Staatsregierung. Die Landesschülervertretung hatte aus Protest gegen das achtjährige Gymnasium und die geplante Arbeitszeitverlängerung der Lehrer zum Unterrichtsboykott aufgerufen, dem mehr als tausend Schüler folgten. Die GEW blies einen Streik ab, da nicht genügend zustimmten.

In Baden-Württemberg finden am 13. Juni neben der Europawahl auch die Kommunalwahlen statt und für die Region Stuttgart (Stadt und die fünf umliegenden Landkreise) auch noch die Wahl zum Regionalparlament.

PDS-Listen sind bisher gewählt in **Stuttgart** (bisher 1 Mandat) und in Tübingen (3) sowie in allen sechs Wahlkreisen für das Regionalparlament Stuttgart. Für

Karlsruhe (1) und **Konstanz** (1) sowie für die Kreistagswahl in **Offenburg** stehen die Aufstellungsversammlungen noch aus.

In **Freiburg** tritt die Linke Liste Friedensliste (3) jetzt unter dem Namen Linke Liste – Solidarische Stadt an.

In **Heidelberg**, wo die PDS bisher 1 Mandat hatte, gibt es eine Bunte Liste, an der die PDS beteiligt ist. In **Mannheim** (beim letzten Mal scheiterte die DKP) gab es

zunächst den Versuch, als Linke Liste/PDS anzutreten; eine Mehrheit der DKP wollte aber nicht unter dem Namen PDS antreten. Jetzt gibt es eine Linke Liste Mannheim.

In **Heilbronn** hat sich ein Personenbündnis mit Beteiligung u.a. von PDS und MLPD gebildet.

Des weiteren kandidieren in verschiedenen Orten PDS-Mitglieder auf links-grün-alternativen Listen.

Stuttgart: PDS kandidiert erneut als offene Liste

Sozialistische Kommunalpolitik in einer Metropolenregion

Inzwischen hat die PDS in Stuttgart 60 Kandidatinnen und Kandidaten auf einer offenen Liste für die Kommunalwahl am 13. Juni gewählt und ein Programm verabschiedet.* Die PDS ist bisher mit der Stadträtin Ulrike Küstler im Gemeinderat vertreten; sie ist auf Platz eins der Liste gewählt worden. Auf Platz zwei steht Dr. Manfred Hammel, der als Caritas-Mitarbeiter in Stuttgart als „Anwalt der Armen“ bekannt ist. Platz drei nimmt Sonja van Klef ein, eine Niederländerin,

die bis kurzem Mitglied der SPD war und Erfahrungen in der Kommunalpolitik als Bezirksbeirätin gesammelt hatte.

Mit der Aufstellung der Liste, in der überwiegenden Mehrzahl keine PDS-Mitglieder, ist die erste wichtige Hürde genommen. Das Zustandekommen einer erneuten PDS-Kandidatur war nicht einfach. Vor knapp einem Jahr gab es aus dem Umfeld von Gewerkschaftslinken in ver.di, von attac, DKP, der trotzkistischen SAV bis hin zu einer ökologischen Bür-

gerliste und der ÖDP den Versuch, ein Personenbündnis zu etablieren. Damit sollten vor allem Wählerschichten angesprochen werden, die von der rot-grünen Regierungspolitik in Berlin enttäuscht worden sind. Die PDS nahm zunächst an diesen Gesprächen teil. Als jedoch klar wurde, dass nicht an eine verbreiterte Fortsetzung der bisherigen Gemeinderatsarbeit gedacht war, beschloss die PDS, erneut als offene Liste anzutreten.

Inzwischen ist auch die Gewerk-

Sozial und solidarisch in Stuttgart

(Präambel des Kommunalwahlprogramms)

Sozial und solidarisch in Stuttgart, so lautete das Programm der PDS – offene Liste bei der Gemeinderatswahl 1999. Auf dieser Grundlage haben zunächst Siegfried Deuschle und dann Ulrike Küstler im Gemeinderat gearbeitet. Wir wollen auf dieser Linie weiterarbeiten und auch im nächsten Gemeinderat, hoffentlich gestärkt, Kritik üben, Widerstand einbringen und Alternativen vorschlagen.

Ausgangspunkt für die PDS – offene Liste sind die Interessen derjenigen, die in dieser Gesellschaft ausgeschlossen werden, die nicht oder nicht ausreichend am materiellen und kulturellen Reichtum beteiligt werden. Wenn sie protestieren und sich wehren, werden wir das unterstützen. Wir wollen eine Alternative sein zum Zurückfahren der öffentlichen Haushalte zu Lasten der Ärmsten. Wir arbeiten mit allen zusammen, die in einer gerechten Gesellschaft leben wollen, die für Frieden, Demokratie, Menschenrechte und den sorgsamen Umgang mit der Natur eintreten.

Sozial und solidarisch ist menschlich – Ob eine Gesellschaft solidarisch ist, lässt sich daran ablesen, wie es den Bedürftigsten geht. Wird deren Menschenwürde verletzt, ist die Gesellschaft nicht sozial. Dieser Maßstab lässt sich bei den Einzelnen, den Individuen ablesen. Die PDS ist eine sozialistische Partei, für sie gehört Solida-

rität zu den unverzichtbaren Werten. Die Individuen, um deren Leben und Menschenwürde es geht, leben in einer arbeitsteiligen und differenzierten Gesellschaft. Die Gesellschaft beruht auf den Unterschieden der Individuen und nutzt diese Unterschiede auch, nicht nur in der direkten Arbeitsteilung, sondern auch in der Kooperation, der Zusammenarbeit dieser unterschiedlichen Individuen. Diese Differenzierung der Gesellschaft ist produktiv; sie setzt ein gegenseitiges Wohlwollen voraus und schafft dieses zugleich. Solidarität ist eine Erfahrung aus dem Zusammenarbeiten und Zusammenleben der Menschen. Solidarität ist die Grundlage, dass in einer Gesellschaft miteinander verbundene Individuen auf verschiedene Weise möglichst gut leben können.

Sozial und solidarisch befördert den Wohlstand der Gesellschaft – Die herrschende Politik ist von Kapitalinteressen bestimmt. Diese Politik verspricht Modernisierung auf Kosten eines Teils der Gesellschaft. Anknüpfend an die alte Theorie der politischen Ökonomie des Liberalismus wird von dieser Politik behauptet, dass der gesellschaftliche Reichtum nur bewahrt werden und wachsen könne, wenn Hunger und Elend als deutliche und harte Drohung für die Individuen spürbar seien, sonst würden zu viele träge und leistungsfaul. Spitze können wir nur sein, so sagen diese neoliberalen Marktradikalen, wenn andere unten sind.

Die PDS dagegen sagt: Der gesellschaftliche Reichtum soll so wachsen, dass die Bedürftigsten am meisten davon haben. Diese solidarische Strategie setzt dar-

auf, dass dadurch das gegenseitige Wohlwollen in der Gesellschaft wächst, dass Ellenbogenkonkurrenz vermindert wird und dass dies eine produktive Potenz darstellt. Wenn Schule und Kindergarten die Kinder mit Migrationshintergrund nicht ausgrenzen und ohne Abschluss lassen, sondern fördern, verschafft diese interkulturelle Solidarität nicht nur den unmittelbar Betroffenen entscheidende und wichtige Vorteile; auch die Stadt Stuttgart profitiert: gelungene Integration verringert soziale Spannungen; gut ausgebildete Fachkräfte sind ein Standortvorteil, und kulturelle Vielfalt macht eine Stadt und Region attraktiv.

Eine solidarische Politik wird sich nicht ohne Auseinandersetzungen durchsetzen lassen. – Das liegt am Klassengegensatz. Das Kapital strebt nach Profit und ist dabei rücksichtslos bis hin zu Verstößen gegen die Menschlichkeit; Politik bis hin zu Gewalt und Krieg wird für diese Interessen instrumentalisiert. Dagegen regt sich Widerstand für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Die PDS unterstützt den Kampf für eine Welt, frei von Ausbeutung und Unterdrückung.

Sozial und solidarisch als Konzept für die Stadtentwicklung – Mit dem Konzept solidarische Stadt Stuttgart treten wir in den politischen Wettbewerb um sogenannte Leitbilder, wie sie die CDU und die

schaftslinken und attac aus dem Projekt ausgestiegen. Übrig geblieben ist eine ÖDP-Bündnisliste, die unter dem Namen „Stuttgart, ökologisch, sozial (SÖS)“ antritt.

Die zweite Schwierigkeit für die PDS, die mit der ersten zusammenhängt, war die Entwicklung eines Programms, das die Erfahrungen von fünf Jahren Gemeinderatstätigkeit aufnimmt. Dazu kommt noch, dass die jetzige Gemeinderätin ihr Amt erst vor einem Jahr angetreten hat, weil der zunächst gewählte Siegfried Deuschle sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen niederlegen musste. Bei der Gemeinderatswahl im Herbst 1999 konnte die PDS vom Schwung der für die Gesamtpartei erfolgreichen Bundestagswahlen von 1998 profitieren. Alleine der Name PDS stand für ausreichend viele Wählerinnen und Wähler als Etikett für eine soziale und solidarische Politik. Das ist jetzt bekanntlich nicht so. Der Verlust des Fraktionsstatus im Bundestag, die schwierigen Diskussionen der PDS um ein neues Programm, die schlechten Wahlergebnisse von Regenbogen/PDS in Hamburg – all das sind Faktoren, die einen Wahlerfolg nicht gerade befördern.

SPD für Stuttgart zu entwickeln versuchen. Maßstab bleibt für uns stets, was haben die Einzelnen davon, wird Ausgrenzung und Armut verringert oder nicht. Daraus ergibt sich ein Entwicklungskonzept für die solidarische Stadt Stuttgart als Ganzes.

o Im Wettbewerb der Städte und Ballungsräume setzt Stuttgart auf den Vorteil einer differenzierten Arbeitswelt und Lebenskultur. Stuttgart übertreibt nicht: Es bleibt neben der Industriestadt auch die Kulturstadt und die Naturstadt. Interkulturelles Zusammenleben, über Generationen entwickelt und erprobt, ist zukunftsfähig; Vielfältigkeit und Eigenarten von Kultur und Landschaft machen die Region lebenswert.

o „Stuttgart – kinderfreundlichste Großstadt“ – gerne. Die PDS – offene Liste hatte das vorgeschlagen, lange bevor Oberbürgermeister Schuster das als Kampagne startete. Nur darf das nicht heißen, Förderung der Mittelschichten und Vermögenden oder einseitige Bevorzugung der Familie als Lebensform. Soziale Selektion in der Schule und im Kindergarten muss verhindert werden. Förderung aller – bei Wertschätzung unterschiedlicher Herkunft im Sozialen und der Kultur – muss stattfinden. Allen Kindern und Jugendlichen muss der Zugang zu Ausbildung und Beruf ermöglicht werden.



Dennoch besteht mit gewisser Berechtigung die Aussicht auf ein erfolgreiches Abschneiden bei der Kommunalwahl in Stuttgart. Die Arbeit der PDS im Stadtrat war davon geprägt, eine große Breite der Sachthemen unter den Gesichtspunkten einer sozialen und solidarischen Politik aufzunehmen. Also nicht Krakeel

und Schaufensterpolitik, wenn die eigene Klientel betroffen ist, sondern Entwickeln von Alternativen. Die Erfolge einer solchen Politik sind meist noch bescheiden: Gestützt auf die Initiative „Cities for peace – Städte für den Frieden“ gelang es vor rund einem Jahr anzustoßen, dass sich der Gemeinderat einmütig gegen den

o Die Teilnahme am Arbeitsleben muss für möglichst viele Menschen geöffnet werden: nicht als Zwang und durch die Drohung mit dem Entzug der materiellen Existenz, sondern als tätiges Leben für sich selbst und sinnvolles Arbeiten für andere. Dazu gehört die Schaffung öffentlich geförderter Arbeitsplätze und eine besondere Förderung behinderter Menschen.

o Öffentliche Dienstleistungen sind wesentlich: dabei sind sie für Mitgestaltung durch diejenigen, die sie benötigen, soweit als möglich offen zu halten. Die Stadt sollte als großes Dienstleistungsunternehmen für die Einwohner betrachtet werden.

o Die Möglichkeiten, wie Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Stadt und ihre Dienstleistungen nehmen können, müssen direkter werden, z.B. mittels eines partizipativen oder Bürgerhaushaltes.

o Stuttgart setzt auf die Zusammenarbeit in der Region statt Städtekonkurrenz.

o Hilfe statt Strafe, zivile Konfliktlösungen statt Repression: Die PDS – offene Liste will nicht den starken Staat, sondern die selbstbewusste Bürgerinnen und Bürger. Statt des Konzeptes der „Inneren Sicherheit“, hinter dem ein Feindbild steht, befürworten wir öffentliche Sicherheit und wenden uns gegen die Privatisierung öffentlicher Räume.

Offene Liste – offene Arbeit – Für den Erfolg einer sozialen und solidarischen Kommunalpolitik ist ausschlaggebend, dass dieses Engagement offen ist für alle, die für Frieden, soziale Gerechtigkeit, interkulturelles Zusammenleben, Um-

weltschutz und andere wichtige Anliegen eintreten.

Die PDS – offene Liste hat deswegen bereits bei der Erarbeitung ihres Wahlprogramms 1999 und in den fünf Jahren Gemeinderatsarbeit mit verschiedenen Personen, Gruppen und Parteien zusammengearbeitet.

Auf unserer Liste sind auch diesmal viele Kandidatinnen und Kandidaten, die nicht Mitglied in der PDS sind, und wir wollen unser offene Arbeitsweise fortsetzen. Dazu dient

o ein monatliches öffentliches Treffen der PDS offenen Liste im Rathaus. Hier berichten wir aus dem Rathaus und diskutieren Themen der Kommunalpolitik, auch mit Fachleuten, und verständigen uns über aktuelle Anträge im Stadtrat.

o die Internetseite im Stadtnetz unter www.stuttgart.de/pds. Hier können sich alle Interessierten über die Arbeit der PDS offene Liste informieren. Nachzulesen ist alles, was die PDS offene Liste gemacht hat. Die jeweils aktuellen Veranstaltungen werden mit Zeit und Ort angekündigt.

o die Darstellung unserer Arbeit durch Informationsschriften. Dazu gibt es den „Einblick“ mit Aufsätzen zur Kommunalpolitik und „PDS im Stadtrat – sozial und solidarisch“ als aktuelle Information über wichtige Fragen.

o Alle Interessierten können sich regelmäßig beteiligen. Uns sind aber auch jeder einzelne Vorschlag, Kritik oder Hinweis willkommen!

Wir laden alle ein zur Mitarbeit und Zusammenarbeit!



Eine kommunalpolitische Initiative aus NRW

Praxisgebühren und Zuzahlung setzen Existenzminimum Sozialhilfeberechtigter herunter

Die Auswirkungen der Gesundheitsreform auf Sozialhilfeberechtigte sind auf Antrag der PDS-Gruppen in den Räten von Köln und Essen Thema in der nächsten Ratssitzung (siehe Antragstext unten)

Der Hintergrund: Seit dem 1.1.2004 sind Sozialhilfeberechtigte Mitglieder der Krankenkassen. Kehrseite dieser eigentlich überfälligen Entscheidung ist die Belastung der Bezieher von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt mit Praxisgebühren und Zuzahlungen, ohne dass diese Kosten im Regelsatz berücksichtigt werden. Die Regelsätze wurden zuletzt zum 1. Juli 2003 angepasst, lange vor der Gesundheitsreform. Das Sozialamt erstattet die Ausgaben erst, wenn die Betroffenen die Belastungsgrenze von 2 % des jährlichen Sozialhilfesatzes überschreiten, derzeit 71,04 Euro. Bis dahin müssen sie zahlen, auch wenn hohe Zuzahlungen in einem kurzen Zeitraum anfallen. PDS-Ratsfrau Gabriele Giesecke (Essen): „Dadurch werden Sozialhilfeberechtigte

vor die Alternative gestellt, sich die zusätzlichen Gesundheitskosten vom Mund abzusparen und mit einem Einkommen unterhalb des Existenzminimums auszukommen oder auf die notwendige Behandlung zu verzichten. Selbst Obdachlose müssen beim Arztmobil das „Eintrittsgeld“ von 10 Euro zahlen, der Rückgang der Nutzung lag in den ersten Monaten des Jahres bei 35 % bis 40 %.“ Andere Menschen mit Niedrigeinkommen, auch pflegebedürftige Rentner, sind von den Zuzahlungen teilweise noch stärker betroffen. Bei ihnen wird zur Errechnung der Belastungsgrenze das gesamte Einkommen zugrundegelegt, nicht „nur“ der Sozialhilferegelsatz (ohne Miete und einmalige Leistungen). Die Nichterhöhung des Regelsatzes für Sozialhilfeberechtigte ist jedoch auch rechtlich problematisch, weil dadurch das Bedarfsdeckungsprinzip bei der Sozialhilfe weiter ausgehöhlt wird.

Wolfgang Freye. Bei Rückfragen an Gabriele Giesecke unter 0163-7358031

DOKUMENTIERT: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, die Antragsteller* bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Ratssitzung am 25.3.04 aufzunehmen:

Beschluss:

1. Die Stadt Köln übernimmt ab 1. Januar 2004 bis zur Belastungshöchstgrenze die Kosten für Medikamentenzuzahlungen und Praxisgebühren für Empfänger von laufenden Hilfen zum Lebensunterhalt als ergänzende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt.

2. Die Stadt Köln fordert die Landesregierung auf, bei der Bemessung der ab 1. Januar 2005 zu zahlenden Regelsätze die Belastungshöchstgrenze in die Regelsatzverordnung aufzunehmen, sofern sie nicht bereits bis dahin durch den Bundesgesetzgeber in den Eckregelsätzen berücksichtigt worden ist.

Begründung: Das zum 1. Januar 2004 in Kraft getretene Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) – allgemein bekannt als „Gesundheitsreform“ – brachte viele neue und höhere Zuzahlungen für Patienten sowie Leistungsstreichungen der Gesetzlichen Krankenversicherung.

Dadurch stiegen im Januar 2004 die Kosten für Gesundheitspflege um 16,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat; durch die Gesundheitsreform sind die Lebenshaltungskosten um 0,6 Prozent auf 1,2 Prozent gegenüber Januar 2003 gestiegen.

Während andere kurzerhand durch Konsumverzicht darauf reagieren können, müssen kranke Sozialhilfeempfänger und Bezieher niedriger Einkommen ihr Existenzminimum kappen. Um die nunmehr erhobenen Praxisgebühren und

Arzneimittel-Zuzahlungen begleichen zu können, müssen sie andere Ausgaben zum notwendigen Lebensunterhalt reduzieren. Mit der Gesundheitsreform wurde zwar die Regelsatzverordnung geändert, die Regelsätze blieben aber unverändert, so dass die Sozialhilfeempfänger mit bis zu Euro 71,04 (Belastungshöchstgrenze) weniger zum Leben haben. Durch das Außerkrafttreten des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) und das Inkrafttreten der Sozialgesetzbücher II und XII (SGB II und SGB XII) ab 1. Januar 2005 wird sich ihr Existenzminimum weiter absenken, und das auch dann, wenn zu diesem Zeitpunkt die Regelsätze durch den Wegfall der einmaligen Zahlungen voraussichtlich pauschal angehoben werden und bis dahin durch eine Härtefallklausel für Heimbewohner, chronisch Kranke und Suchtkranke nachgebessert wird.

Die Regelsatz von Euro 296,- orientiert sich bekanntlich nach der Regelsatzverordnung am Ausgabeverhalten der unteren Einkommensbezieher. Das Ausgabeverhalten hat sich wegen der gesetzlichen Regelungen in der Gesundheitsreform seit 1. Januar 2004 zwangsläufig ändern müssen und zog eine Unterschreitung des Existenzminimums um absolut gerechnet bis zu EUro 71,04 nach sich. Diese schwerwiegenden Folgen dürfen den Sozialhilfeempfängern nicht zugerechnet werden.

* Sengül Senol (PDS), Jörg Detjen (PDS), Mitglieder im Rat der Stadt Köln

Irak-Krieg aussprach. Die Oberbürgermeister-Kandidatin der SPD übernimmt jetzt die Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung, Direktwahl der Bezirksbeiräte, ein Antrag der PDS, der vor einem halben Jahr noch, auch mit den Stimmen der SPD, abgelehnt wurde. Der Vorschlag, das Image von Stuttgart dadurch aufzubessern, dass die Gebühren für Kinderbetreuung auf Null gesetzt werden, taucht beim CDU-Oberbürgermeister wieder auf als Kampagne für ein kinderfreundliches Stuttgart. Zu hoffen ist, dass diese Bemühungen der PDS im Gemeinderat auch von einer ausreichenden Zahl von Wählerinnen und Wählern gesehen werden.

Hoffnung macht auch die programmatische Entwicklung. Zum einen hat die PDS in ihrem Europawahlkampf als wichtigen Bestandteil den Zusammenhang von Regelungen auf europäischer Ebene und die Auswirkungen in die Kommunen (Stichwort: Gegen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen). Zum andern gibt es das neue PDS-Programm, das die Freiheit des Individuums mit der materiellen Absicherung zusammenbringt. Das erlaubt es – wie die dokumentierte Präambel hoffentlich deutlich macht –, ein Konzept für die Kommunalpolitik in einer Metropolenregion zu entwickeln. alk

* Eine so große Liste ist nötig wegen des baden-württembergischen Kommunalwahlrechts. Jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Gemeinderäte zu wählen sind, in Stuttgart sind das 60. Die 60 Stimmen können wie folgt abgegeben werden:

a) unverändert eine Liste, dann sind aber nur so viele Stimmen abgegeben, wie Kandidaten auf der Liste sind. Stellt also eine Partei oder Gruppe weniger als 60 Personen auf, fehlen ihr Stimmen. Die PDS hatte bei der letzten Wahl im Vergleich zu anderen Parteien viele unveränderte Stimmzettel.

b) kumuliert: einzelnen Kandidatinnen oder Kandidaten können bis zu drei Stimmen gegeben werden und schließlich

c) panaschiert: es können auch Kandidaten von anderen Listen übernommen werden.

Dieses Wahlverfahren führt dazu, dass nicht unbedingt die von der Partei vorgesehene Reihenfolge der Listenplätze erhalten bleibt. Platz 2 kann zu Platz 1 werden usw. In Großstädten kommt das allerdings eher selten vor.

Protest von NRW-Oberbürgermeistern:

BERLIN. Genau ein Jahr nach ihrem „Bettler“-Auftritt haben die bergischen Oberbürgermeister wieder vor dem Reichstag für ihre Stadtfinanzen demonstriert. Die neuerliche Protest-Aktion hat sich nach einer ersten Bewertung von Wuppertals Oberbürgermeister Dr. Hans Kremendahl gelohnt. Nach der Demonstration vor dem Reichstag hatte der Vorstand der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land (KAG) in einem Gesprächsmarathon mit den Bundestagsfraktionen die Forderungen der Kommunen und Kreise nach einer besseren Gemeindefinanzierung mit harten Zahlen aus den eigenen Kämmereien untermauert. Sie hatten außerdem eigene Prognosen zu den Auswirkungen von Hartz IV im Gepäck, die belegen, dass das derzeit geplante Modell zu weiteren Belastungen für die Rathäuser führt. Alle vier Fraktionen legten sich in den Gesprächen darauf fest, dass es durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für die Kommunen zu den

derten die Gemeindevertreter im Bayerischen Gemeindetag dem Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft die dramatischen Auswirkungen der gescheiterten Gemeindefinanzreform auf Bundesebene. Aufgrund der massiven Einbrüche bei den Gewerbesteuereinnahmen können viele Gemeinden ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen. Der Vermutung Rodenstocks, dass das Sparpotential der Kommunen noch längst nicht ausgeschöpft sei, widersprachen die Bürgermeister vehement. An Hand eindrucksvoller Beispiele wurde ihm erklärt, dass eine Gemeinde, anders als ein Wirtschaftsunternehmen, nicht einfach eine Produktlinie einstellen und Personal entlassen könne, sondern gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben zu erfüllen hat. Brandl: „Die Gemeinden nähern sich in vielen Bereichen, wie beispielsweise bei der Buchhaltung, ohnehin der privaten Wirtschaft an. Aber sie sind und bleiben dem Gemeinwohl verpflichtet, eine reine Gewinnorientierung ist uns fremd.“

www.bay-gemeindetag.de



versprochenen Entlastungen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro kommen muss, und kündigten für den Fall, dass dies nicht so sei, Nachbesserungen an. Alle Fraktionen zeigten sich nach den Schilderungen aus der Praxis vor Ort auch aufgeschlossen, das Thema Gemeindefinanzreform noch einmal im steuerlichen Bereich aufzugreifen. Dazu gibt es aktuell unterschiedliche Vorschläge.

www.wuppertal.de

Gemeinden und Wirtschaft vereinbaren Dialog: MÜNCHEN. „Wir werden den bereits begonnenen Dialog intensivieren. Dabei werden wir auch das Thema Gewerbesteuer offensiv angehen“ sagte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, bei der Begrüßung von Herrn Randolph Rodenstock, dem Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, auf der Sitzung des Bayerischen Gemeindetags am 10.3.04 in München. Beide Präsidenten vereinbarten weitere Gespräche. Bayerns Gemeinden erwarten Verständnis bei den Vertretern der bayerischen Wirtschaft für ihre Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge, ihre finanzielle Notlage und die damit verbundene Forderung nach angemessener Finanzausstattung.

In einer lebhaften Diskussion schil-

Strategische Allianz von Stadt und Wirtschaft:

BERLIN. Städte sind Zentren des wirtschaftlichen Wachstums und des Fortschritts – sie haben große Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Das erklärten das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, die Bauministerkonferenz und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag bei ihrem gemeinsamen Kongress „Stadt und Wirtschaft – Strategische Allianzen“ in Berlin. Es gelte, die Städte als Wirtschaftsstandorte zu sichern. Dazu müssten Kommunen und Unternehmen eng zusammenarbeiten, betonte Bundesminister Dr. Manfred Stolpe: „Stadt und Wirtschaft dürfen nicht nur eine Notgemeinschaft bilden, sondern müssen strategische Allianzen knüpfen.“ Die mehr als 200 Kongressteilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft waren sich einig, dass Kommunen weiter für die Daseinsvorsorge verantwortlich sein werden. Aufgabe der Wirtschaft sei es, Ideen für innovative und kostengünstige Problemlösungen zu liefern. Es gelte Modelle dafür zu entwickeln, wie Staat, Bürger und Unternehmen zusammenarbeiten könnten. Eine passende Plattform böten die Industrie- und Handelskammern. Ein Beispiel für erfolgreiche Kooperation sei das Forschungsfeld „3 stadt 2“, das seit zwei Jahren im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus des BMVBW laufe. Die Vertreter der Städte und Gemeinden sowie die Wirtschaftsvertreter haben in Berlin einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch vereinbart.

Bund und Länder würden dieses Konzept unterstützen, kündigte Stolpe an.

www.kommunalweb.de

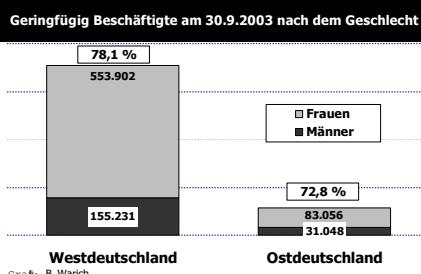
Zusammenstellung: baf

Ver.di-Studie:

Minijobs vernichten Hunderttausende reguläre Arbeitsplätze im Einzelhandel

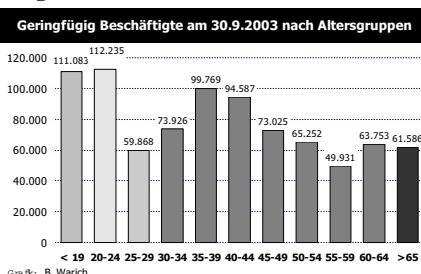
Die Ausweitung der sogenannten Minijobs hat dazu geführt, daß Hunderttausende von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen gestrichen wurden. Das belegt ein von ver.di in Auftrag gegebener Branchenreport, der am Wochenende veröffentlicht wurde. Die neuesten Zahlen über die Arbeitsplatzentwicklung im Einzelhandel aus dem Jahr 2003 bestätigen damit die Befürchtungen der Gewerkschaft. Die Zahl der Vollzeit- und sozialversicherten Teilzeitarbeitsplätze sank in einem Jahr um 227 000, während die Minijobs von 659 000 im Jahr 2002 um 176 000 auf 835 000 stieg. „Hunderttausenden von Frauen wird damit die Möglichkeit genommen, sich ein existenzsicherndes Einkommen und eine Absicherung für die Rente zu erarbeiten. Sie werden auf Minijobs verwiesen, die zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel sind“, erklärte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Franziska Wiethold dazu.

Der Einzelhandel habe insgesamt im Jahr 2003 in einem Ausmaß Stellen abgebaut, das in keiner Relation zum Umsatzerfolg stehe, heißt es in dem Report weiter. Auf Vollzeit hochgerechnet,



sei die Zahl der Arbeitsplätze in einem Jahr um 6,5 Prozent zurückgegangen – und das bei längeren Ladenöffnungszeiten und ständig steigender Verkaufsfläche.

„Die Schraube ist am Anschlag“, betonte Wiethold und forderte die Einzelhandelsunternehmer auf, endlich mit dem Personalabbau Schluss zu machen. Statt Geld in Preis- und Rabattkriegen zu stecken, sollten die Beschäftigten endlich wieder erträgliche Arbeitsbedingungen und die Kunden wieder transparente, verlässliche Preise, Bedienung und Beratung erhalten.



Download: www.verdi.de/handel/einzelhandel/branchendaten/minijobs

Tarifsituation öffentlicher Dienst (I)

Nach Redaktionsschluss, aber noch vor Erscheinen dieser Ausgabe der Politischen Berichte wird entschieden sein, ob die Tarifgemeinschaft deutscher Länder weiter existiert oder nicht. Viel wird davon für das Tarifgeschehen im öffentlichen Dienst und den vielen angeschlossenen Tarifbereichen abhängen. Die folgende Presseerklärung nach der Sitzung der Bundestarifkommission deutet dies noch relativ vorsichtig an. Wir werden in einer der nächsten Politischen Berichte ausführlicher berichten. (har)

ver.di-PE v. 16.3.2004 „Einen Appell an die Arbeitgeber, die Verhandlungen zu einem zukunftsorientierten Tarifsystem im öffentlichen Dienst zügig mitzugehen, richtete die Bundestarifkommission der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) am Dienstag in Magdeburg. Große Zustimmung fanden in diesem Zusammenhang die Äußerungen des Präsidenten der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), Ernst-Otto Stüber, die Tarifreform notfalls auch ohne die Länder zu Ende zu bringen. Aus ver.di-Sicht sei es höchste Zeit, die am Beamtenrecht orientierten starren Strukturen im öffentlichen Dienst durch flexiblere zu ersetzen.

„Wir wollen ein attraktives, transparentes und diskriminierungsfreies System“, betonte Kurt Martin vom ver.di-Bundesvorstand. Dazu gehöre eine Bezahlung entsprechend der tatsächlich ausgeübten Tätigkeit mit zusätzlichen, variablen Bestandteilen ebenso wie eine

bessere Durchlässigkeit zwischen den Entgeltgruppen. Nach den ver.di-Vorstellungen sollten Zeit- und Bewährungsaufstiege sowie die Lebensaltersstufen abgeschafft und die Mittel, die bisher in familienbezogene Zulagen fließen, dazu verwandt werden, jüngeren Beschäftigten höhere Einkommen zu ermöglichen. Für bisherige Bezieher familienbezogener Gehaltsanteile sollten diese allerdings gewährleistet bleiben.

„Führung sollte künftig erst einmal auf Zeit vergeben werden. Erst wenn sich eine Führungskraft bewährt, soll sie das auch dauerhaft bleiben“, so Martin. Außerdem seien Regelungen für die Weiterbildung auch älterer Beschäftigter und die Einführung flexiblerer Arbeitszeitregelungen durch Arbeitszeitkonten mit so genannten faktorierten Zeitzuschlägen, also Zeitgutschriften statt Geld, Teil des Reformpakets. Eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit, wie von einigen Arbeitgebern gefordert, komme für ver.di jedoch nicht in Frage.

Die Arbeitgeber dürften den Reformprozess nicht zur Erreichung schneller Spareffekte missbrauchen: „Kurzsichtige und zudem politisch motivierte Kalküle dürfen die Chance nicht verbauen, tiefgreifende und zukunftssteife Strukturen zu erreichen.“ Die Drohungen einiger Ministerpräsidenten, die Tarifgemeinschaft der Länder zu verlassen, bezeichnete Martin als nicht sachdienlich. „Wer kündigt, wird keine Möglichkeit mehr haben, den Reformprozess mit zu gestalten.“

Berlin soll Schaltstelle werden für Irak- und Afghanistan-Wiederaufbau. – HB, Mo. 8.3.04. Am 30.3.

wird sich unter Beteiligung der Nah- und Mittelost-Initiative der deutschen Wirtschaft (NMI), der Weltbank und der afghanischen Investitionsförderagentur Aisa eine Konferenz der Frage annehmen, wie sich private Firmen beim Aufbau Afghanistans engagieren können. Noch größere Bedeutung für die deutsche Wirtschaft dürfte jedoch die deutsch-irakische Wirtschaftskonferenz am 1.4. haben. Denn das ölige Land wird als wichtiger Absatzmarkt gesehen. Deswegen soll die vom Bundeswirtschaftsministerium und der NMI organisierte Tagung Firmen wieder ins Geschäft bringen. „Wir hören von immer mehr deutschen Unternehmen, die ihre alten Kontakte nach Bagdad wieder auffrischen“, so J. Münker, Nahost-Experte des DIHK.

Deutsche Wirtschaft prangert Beamten-„über“versorgung an. – „Die Altersbezüge der Staatsdiener entwickeln sich zum größten Sprengsatz im öffentlichen Haushalt,“ sagt W. Fuest vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW). In Auftrag gegeben worden war eine Studie von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, die von den Metall-Arbeitgebern getragen und von weiteren Wirtschaftsverbänden unterstützt wird. Weitere Einschritte seien notwendig und vertretbar für die Betroffenen, die im Vergleich zu den Arbeitnehmern der freien Wirtschaft erheblich überversorgt seien.

Arbeitgeberverbände kritisieren Arbeitsmarkt-Konzept der CDU/CSU. – HB, Di., 9.3.04. Nach heftiger Kritik in beiden Parteien wurden die Absichten beider Parteivorsitzender, drastische Einschnitte beim Kündigungsschutzrecht vorzunehmen, in einer gemeinsamen Präsidiumssitzung von CDU/CSU wieder zurückgenommen. H.-E. Schleyer, Generalsekretär des ZDH, kritisierte, die Union habe beim Kündigungsschutz gegenüber früherer Beschlüsse sogar einen Rückschritt gemacht – so z.B. beim Verzicht auf den Schwellenwert von 20 Beschäftigten. Auch BDA-Chef D. Hundt bedauerte, dass die Union ihre weitergehenden Vorschläge zum Kündigungsschutz nicht aufrecht erhalten habe.

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) für Beibehaltung des Mindestlohns. – HB, Di. 16.3.04. A. Frauenrath, Präsident des ZDB ist für Beibehaltung der seit 1997 gültigen Mindestlöhne in der Baubranche, da sonst mit der Osterweiterung ein grenzenloser Wettkampf nach unten drohe und ein Fiasko für die Arbeitnehmer entstehe: „Wir als Unternehmer könnten auch mit billigen Fachkräften aus Polen arbeiten. Aber die Verantwortung gegenüber unseren Mitarbeitern gebietet uns, für einen Mindestlohn einzutreten.“

Presseauswertung: rst

Tarifsituation öffentlicher Dienst (II)

Im Juli vergangenen Jahres haben wir über den Berliner Anwendungstarifvertrag berichtet. Er war erforderlich geworden, weil die rot-rote Landesregierung aus den Arbeitgeberverbänden ausgetreten ist und den sog. Potsdamer Abschluss nicht mehr übernommen hatte. Inhaltlich sieht dieser Tarifvertrag die parallele Absenkung von Arbeitszeit und Einkommen vor, die zwischen 8 und 12 Prozent liegen. Als Gegenleistung wird den Beschäftigten eine Arbeitsplatzgarantie bis Ende 2009 gesichert. (Ähnliche „Sozialtarifverträge“ gibt es bereits in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, derzeit wird in Mecklenburg-Vorpommern verhandelt.)

Im Nachgang zu diesem Abschluss für die Landesbeschäftigte fanden an den Berliner Hochschulen, im Studentenwerk und kleineren Bildungsträgern entsprechende Tarifverhandlungen statt. Während das Studentenwerk noch im Oktober einen Tarifvertrag unterzeichnete, konnte dies für die Berliner Hochschulen noch nicht vollständig erreicht werden: Anfang Januar waren erst 4

Fachhochschulen und 2 Universitäten wieder tarifgebunden, ab April gilt dies auch für die (Möchte-gern-Elite-)Universität Humboldt, während die Freie Universität sich beharrlich weigert.

Aber auch Bereiche, die den Potsdamer Abschluss noch übernommen haben und aus dem Tarifkonflikt des vergangenen Jahres herausgehalten wurden, sind inzwischen mit Forderungen nach Einkommenssenkungen konfrontiert. So sollen die Beschäftigten der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) auf 15 % ihres Einkommens verzichten und dies bis zum Jahr 2008. 270 Millionen Euro will der Betrieb auf diese Weise „sparen“. Die 14.000 Beschäftigten des Klinkkonzerns Vivantes (früher Bezirkskrankenhäuser) sollen für vier Jahre auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld verzichten, zusammen rund 34 Millionen Euro. Bei beiden letzten Beispielen gibt es einen wichtigen Unterschied zum Landestarif: Der Verzicht soll nur bedingt mit entsprechender Arbeitszeitreduzierung und Arbeitsplatzsicherheit versüßt werden.

(har)

„Aufstand der Linken spaltet die SPD“ mit diesem großen Aufmacher erschien am 21. März 2004 „Die Welt am Sonntag“. An einer Spaltung der SPD ist die „Springer-Presse“ und insgesamt das konservative Lager natürlich besonders interessiert. Da wird Oskar Lafontaine ins Feld geführt, die diversen Initiativen, die Gewerkschaften und, nicht zu vergessen, die PDS. Den konservativen Kräften geht es darum, der SPD größtmöglichen Schaden beizufügen und die Linke (ein weiter Begriff) als spaltende Abzocker darzustellen. Spaltung von Parteien ist vielleicht in anderen europäischen Ländern nicht unüblich, in Deutschland aber eher verpönt.

Schon einige Tage zuvor kamen Meldungen aus dem Bayerischen Rundfunk, PDS-Mitglieder würden an der Spaltung der SPD mitwirken. Ganz falsch ist das auch nicht: Joachim Bischoff und Ralf Krämer sind munter dabei. Und Gregor Gysi lässt sich von der „Welt am Sonntag“ zu der einfältigen Äußerung hinreißen: „Ich denke, so wie die SPD aufgestellt ist, hat sie die Gründung einer neuen Linkspartei mehr als verdient.“ Und das Blatt schreibt dann weiter: „Ein späteres Aufgehen der PDS in einer solchen Gruppierung wurde von PDS-Chef Lothar Bisky nicht gänzlich ausgeschlossen.“ Das folgende Zitat belegt dann aber diese These nicht. (Wir drucken unten die Position von Lothar Bisky ab).

Eine linke Partei lässt sich nur in Abgrenzung und im Kampf gegen die Reaktion entwickeln. Dies ist in den diversen Spaltungsinitiativen aber gar nicht entwickelt, deshalb werden sie auch alle scheitern. An der Gründung der Demokratischen Sozialisten, die Anfang der achtziger Jahre scheiterte, haben sich über tausend Leute beteiligt. Sie hatte eine viel breitere Basis als das, was sich heute da abspielt.

Wer meint, an diesen Projekten mitwirken zu wollen, muss dann auch die Verantwortung dafür tragen, wenn er einen Scherbenhafen hinterlässt. Und dieser Scherbenhaufen wird vor der PDS nicht Halt machen, wenn sie an diesen „Initiativen“ wie auch immer mitwirkt. Abstand halten, muss die Devise lauten!

Und die Reaktion triumphiert, wenn sie die Sozialdemokratie unter 20% treibt und die PDS nicht wieder ins Europaparlament einzieht. Das bedeutet auch, dass für die nächsten Jahrzehnte „die Linken“, in welchen Parteien sie auch immer Mitglied sind, überhaupt keinen Einfluss mehr haben werden.

Jörg Detjen

Lothar Bisky am 20. März im Neuen Deutschland:
Seit einiger Zeit bekommt die SPD Druck von Initiativen zur Gründung ei-

ner neuen Linkspartei oder eines Wahlbündnisses. Mit welchen Gefühlen beobachten Sie diese Diskussionen?

Ich begrüße es, wenn Alternativen, linke Alternativen zur neoliberalen Politik entwickelt werden. Leute, die darüber nachdenken, sind für die PDS mögliche Partner. Ob eine neue Partei wirklich weiterhilft, weiß ich nicht, es gibt ja verschiedene Ansätze. Die SPD wird damit rechnen müssen, dass sich einige Leute von ihrem linken Flügel konsequenter engagieren und auch in den Gewerkschaften stärker über konkrete Alternativen diskutiert wird.

Muss nicht auch die PDS damit rechnen, dass sie Konkurrenz bekommt?

Das kann sein. Aber zunächst hat doch die PDS die Chance, ihre eigenen Positionen einzubringen und kann nur froh sein, wenn sie nicht allein dasteht mit ihrer Forderung, die Grundlagen des Sozialstaates zu erhalten und nicht immer nur die kleinen Leute zu schröpfen. Ich will eine starke PDS, da möchte ich nicht missverstanden werden. Ich möchte nicht, dass Mitglieder der PDS woanders hingehen. Aber ich freue mich, wenn wir Leute entdecken können in der Bundesrepublik, die die Dinge ähnlich sehen wie wir und über realistische Alternativen nachdenken.

Geht von diesen Initiativen nicht dennoch eine Gefahr für die PDS aus – vor allem in den alten Bundesländern, wo sich die PDS nach wie vor auf niedrigem Niveau bewegt?

Wir haben uns im Westen in der Kommunalpolitik wichtige Positionen in vielen Städten erarbeitet. Ich glaube nicht, dass die über Nacht entschieden geschwächt werden. Sicher gibt es für diese neuen Initiativen ein Potenzial, vor allem in Westdeutschland, das wir als PDS momentan nicht erreichen. Der Wahlinitiative habe ich entnommen, dass sie ausdrücklich keine linkssozialistische Partei sein will. Die Linke kann sich weiter ausdifferenzieren; ob sie damit insgesamt stärker wird, muss sich noch zeigen. Ich kann der PDS nur raten, offen damit umzugehen.

Der künftige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat neulich gesagt, die PDS habe keine sichtbare Funktion mehr, fast niemand vermisste sie.

Arroganz kommt vor dem Fall.

In der SPD gibt es erste Verfahren gegen Mitglieder, die sich in diesen Initiativen engagieren. Das PDS-Statut untersagt Doppelmitgliedschaften. Wird es hier ebenfalls Schiedsverfahren geben?

Ich halte solche disziplinarischen Maßnahmen für albern. Wir leben in bewegten Zeiten. Wenn sich etwas Neues bildet, sollte man das erst einmal gelassen

beobachten und nicht gleich Drohungen ausstoßen. Die führen im Regelfall genau zum Gegenteil dessen, was man erreichen will.

„Schwerpunkt Kommunalpolitik“ auf der Sitzung des PDS Bundesvorstandes Einstimmig hat der PDS-Parteivorstand am 22.3.2004 den Beschluss „Kommunalpolitik als ein Schwerpunkt unserer politischen Arbeit bis 2006“ gefasst. Festgelegt wurde darin, dass auf einer der Tagungen des nächsten Parteitages Kommunalpolitische Leitlinien der PDS beraten und verabschiedet werden sollen. Vorgesehen ist die Tagung im Herbst 2005. Mit der Ausarbeitung Kommunalpolitischer Leitlinien hat eine Arbeitsgruppe des Parteivorstandes bereits begonnen. Eine Gliederung und erste Abschnitte liegen im Entwurf vor. Bis Ende des Jahres soll eine Gesamtvorlage zur Diskussion mit Kommunalpolitikern vorliegen. Als „wichtige Etappe zur Selbstverständigung“ wird die Bundeskommunalkonferenz vom 14. bis 16.5. in Sömmerda angesehen.

Wichtig ist, dass der Parteivorstand sich in dem Beschluss auch zur Stellung der Kommunen in der BRD geäußert hat. Wörtlich heißt es: „Der Parteivorstand befürwortet im Rahmen der Föderalismusdebatte eine stärkere Gewichtung der Kommunen bei der strukturellen Neuordnung der Beziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen.“ In der Diskussion wurde dieses Ziel in einen Zusammenhang mit der Absicht, die Gesellschaft von unten zu verändern, gestellt. Es wirft auch verfassungsrechtliche Fragen auf. Denn verfassungsrechtlich sind die Kommunen in der BRD Bestandteil der Länder, was viele Städte schmerhaft erfahren, wenn sie unter Haushaltzwangsverwaltung gestellt werden.

Zur Diskussion hatte der Parteivorstand ausdrücklich Kommunalpolitiker der PDS aus Hildburghausen (Thüringen), Rügen (Mecklenburg-Vorpommern) und Essen (NRW) eingeladen.

Sie berichteten über ihre sehr unterschiedliche Arbeit als Bürgermeister, Landrätin oder kleine, linke Opposition. Alle Erfahrungen stießen auf Interesse. Erörtert wurde u.a. die Frage, wie zentrale Kampagnen wie die gegen die Gesundheitsreform auf die kommunale Ebene bezogen werden können.

In Essen und Köln haben die PDS-Ratsgruppen Anträge zur Berücksichtigung von Zuzahlung und Praxisgebühren, die seit 1.1.2004 auch Sozialhilfeempfänger zahlen müssen, im Regelsatz gestellt bzw. ihre Übernahme durch die Kommunen gefordert.

(Siehe auch im Regionalteil dieser Ausgabe).

Wolfgang Freye

Zusammenstellung: jöd

Eine Partei sucht ihr Gleichgewicht

Wie es im gehobenen Deutsch feste Meinung ist, zeigt sich in der Krise der wahre Kern der Dinge, oder modern ausgedrückt: die basale Tiefenstruktur des Systems tritt hervor. Lassen wir uns für einen Moment darauf ein, obwohl das Sprichwort auch sagt, dass in der Not der Teufel Fliegen frisst, also mit dem Vorbehalt, dass die Einheitstiftung, die Franz Müntefering letzten Sonntag versuchte, von ihm oder auch von einem anderen demnächst auch ganz anders probiert werden könnte. Trotzdem ist der Rücktritt eines SPD-Vorsitzenden eine bedeutende Sache, und die Neuwahl Münteferings gibt Impulse für die Meinungsbildung.

Verklärung der Partei

Wie sieht der neue Vorsitzende die Partei? Zunächst einmal ist ihm das Alter der Institution wichtig. Obwohl Politik ihren Sinn im Fluss der Geschichte findet und nicht nur im persönlich Erlebten, macht es einen großen Unterschied, ob sich jemand auf die Dauer einer Institution bezieht oder etwa auf die Ideen der Aufklärung und der französischen Revolution. Da ist nicht nur ein konkreter Unterschied, denn die Gründung der SPD ist mit der Entstehung des Wilhelmischen Kaiserreichs, des Zweiten Reichs der Deutschen, verbunden, während die Aufklärung und die französische Revolution Menschenrechte deklarierte. Da ist auch noch eine mehr theologische Differenz, die greifbar wird, wenn man sich an Münteferings Vergleich des von ihm angestrebten Vorsitzes mit dem Papst-Amt erinnert, der vor Wochen durch die Presse rauschte. Was ist denn hier vergleichbar? Der Papst kann nicht abgewählt werden, irrt nicht usw., lauter Sachen, die ein SPD-Vorsitzender nicht für sich beansprucht. Die Ähnlichkeit liegt also nicht in der Ausstattung des Amtes, sondern in der verklärten Herkunft der Institution. Die Überpersonalität der SPD, das Wunder ihrer Fortexistenz über die Dauer von Generationen hin, ihr Untergang im Faschismus und ihre Wiederauferstehung danach, das alles steckt in der Botschaft: 120 Jahre alt! Nicht ausgesprochen, aber doch gesagt wird damit: Du da kannst machen, was Du willst, das da kann und wird nicht

sterben. Der Mensch wird klein, die Organisation wird groß, und übermenschlich groß wird der Vorsitzende, der das Mysterium verkörpert und zwischen Ewigkeit und Vergänglichkeit balanciert und hoffen darf, einmal gestorben, in Geschichtsbüchern oder sogar in schlechter Bronze weiterzudauern.

So schafft man eine Situation, in der das einzelne Mitglied sich von der Partei getragen wähnt, seine Zweifel und Ängste in der Partei ablädet und nach außen hin unbeirr- und unbelehrbar, mit der von Honecker bisher unübertroffen dargestellten Funktionärswurstigkeit gegenüber öffentlicher Meinung etwas vertritt. Ja, was eigentlich?

Tunnelblick auf das Regieren

Die überpersonale, überwältigende Qualität erreicht eine Institution nicht durch die bloße lange Dauer ihres Daseins, sie muss in dieser Zeit Identität entwickeln, sich immer gleich bleiben. Sie muss eine soziale Funktion verrichten. Einer Partei in der modernen Industriegesellschaft lassen sich vielerlei Funktionen zuschreiben. Franz Müntefering hat sich überlegt, dass die Partei da ist, um zu regieren. Die Botschaft ist dann auch landauf, landab angekommen. Sie geht an den Tatbeständen des heutigen Parteiwesens weit vorbei. Sie ist autoritär, vielleicht sogar, gemessen an Grundgesetz und Parteiengesetz, reaktionär. Danach nämlich wirken die Parteien an der politischen Willensbildung mit. Sie sind dabei ein Subjekt unter anderen. Die politische Willensbildung ist als ein gesellschaftlicher Prozess außerhalb des staatlichen Handelns zu verstehen. Es geht darum, in aller Öffentlichkeit zu erörtern, nach welchen Regeln zivil gelebt werden soll, und auch, welchen Regeln staatliches Handeln zu folgen hat. Regieren im engen Sinne findet in dem so abgesteckten Korridor des Ermessensspielraumes statt. Es geht – idealtypisch, aber immerhin – nicht darum, der Regierung eine Mehrheit zu verschaffen, sondern darum, der Mehrheit eine Regierung.

Die repräsentative Demokratie ermöglicht ein Auseinanderlaufen von öffentlicher Meinung und politischer Willens- und Mehrheitsbildung im Gang der Legislaturperiode. Kommt es in dieser

Hinsicht zu einer kräftigen Verzerrung (und das ist gegenwärtig zweifellos der Fall), dann hat die Regierung ihr Mandat überdehnt. Als demokratische ist sie dann bereits gescheitert. Was bleibt, ist die Macht und die Hoffnung, durch geschickten Gebrauch der Macht Ansehen zurückzugewinnen. Auf diesen Kurs schickt der neue Vorsitzende die Partei. Es ist der genau der Kurs, der sie so nahe an die Klippen führte.

Dem Selbstbild der Partei, als regierende wenigstens (Mit-)Bestimmende zu sein, liegt eine soziale Struktur von Repräsentant und Klient zu Grunde. Der Politiker bzw. Repräsentant des Sozialstaates tritt hier auf als ein Jemand, der für einen Niemand etwas tun kann. Diese Klientensituation tritt vorzugsweise dann hervor, wenn der Jemand, um den es geht, eine leitende Funktion in einer Regierung, in einer Behörde, in einer Funktion hat. Die Konzentration der Partei auf diese Funktion führt aber zu einem Konservatismus gegenüber den gesellschaftlichen Strukturen. In diesen Strukturen ist das Verhältnis von Herrschaft und Knechtschaft, das die bürgerliche Gesellschaft ausmacht, in vielerlei Varianten geronnen, und die Positionen, die mit sozialem Sinn ausgefüllt werden sollen, ergeben sich aus der Stabilität jener Strukturen.

Wenn Müntefering meint, die SPD sei in ihre unerfreuliche Lage durch langjährige Versäumnisse geraten, zu denen es gekommen sei, weil man auf eine einsetzende Konjunktur gehofft habe, die es ermöglichen würde, an Umbauten des Sozialstaats vorbeizukommen, dann ist das schon richtig. Genau diesen Eindruck hat die SPD in Bund, Ländern und Gemeinden vermittelt. Der Grund dafür: die veraltete Struktur ist Behausung, Stab und Stütze der Parteiarbeit. In diese Struktur sollte eine aufboomende Wirtschaft die Mittel lenken, von denen sich etwas für die Klienten tun ließe.

Wer ist der Klient?

Diese Frage wurde nicht thematisiert, sondern durch die Wahl Franz Münteferings symbolisch beantwortet. Er ist einer aus dem „Zug von Millionen“, der „endlos aus Nächtigem quillt“ (siehe Biografie). Einer, der aus eigenem Erleben Abhängigkeit kennt und weiß, was es heißt, ein „Nichts zu sein“, und der jetzt, als SPD-Vorsitzender, so ziemlich alles geworden ist, was er nur werden kann. Die Auflösung des Emanzipationsproblems, wie es im Text der Internationale

Franz Müntefering, Industriekaufmann, Bundesminister a. D., Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Geboren am 16. Januar 1940 in Neheim, verheiratet, zwei Töchter. **1946 bis 1954** Besuch der Volksschule in Sundern, **1954 bis 1957** kaufmännische Lehre als Industriekaufmann, ab **1957** täglich als Industriekaufmann in einem mittelständischen metallverarbeitenden Betrieb, **Januar 1961 bis März 1962** Wehrdienst. Seit **1966** Mitglied der SPD; Mitglied der IG-Metall seit **1967; 1969 bis 1979** Mitglied im Rat der Gemeinde/Stadt Sundern, Mitglied in der Amtsvertretung; **1975 bis**

1992 Mitglied des Bundestages, **1984 bis 1988** Vorsitzender des Unterbezirks Hochsauerland, ab **1984** Vorstand Westliches Westfalen, **1992 bis 1998** Vorsitzender Bezirk Westliches Westfalen, **1991 und 1992** Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, seit **1991** Mitglied des SPD-Parteivorstandes. **Vom 8. Dezember 1992 bis November 1995** Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, seit **1996** Mitglied des Landtags in NRW. **1995 bis**

Oktobe 1998, Bundesgeschäftsführer der SPD. **Mai 1998 bis Dezember 2001**, Landesvorsitzender der NRW-SPD. **Vom 27. Oktober 1998 bis 17. September 1999**, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen, Städtebau und Verkehr. **Vom 6. September bis 6. Dezember 1999**, Kommissarischer Bundesgeschäftsführer der SPD. **7. Dezember 1999 bis September 2002**, Generalsekretär der SPD. **Seit Oktober 2002** Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

www.SPD.de meldet: Müntefering: Parteitag als Zeichen des Aufbruchs [22.03.2004]

Der neue SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hat den Parteitag vom Sonntag als Zeichen des Aufbruchs der Sozialdemokraten gewertet. Die Bereitschaft der SPD, mutiger und selbstbewusster voranzugehen, sei gestiegen, sagte Müntefering am Montag in Berlin nach der ersten Präsidiumssitzung unter seiner Leitung. Zur Konsolidierung und Stabilisierung der Partei seien in den nächsten Wochen weitere Schritte zur programmatischen Klärung, kommunikativen Schärfung und organisatorischen Stabilisierung nötig, unterstrich er.

Arbeitsprogramm umfasst zehn Punkte:

Mit den beiden Beschlüssen des Parteitages vom 21. März sind konkrete Arbeitsaufträge an den Parteivorstand gegeben worden.

Diese umfassen insgesamt zehn Punkte:

1. Parteireform
2. Arbeiterbewegung heute
3. Grundsatzprogramm
4. Arbeitsstab Wahlkämpfe
5. Bundesstaatliche Ordnung
6. Globalisierung
7. Steuern und Finanzen
8. Bürgerversicherung
9. Pflege
10. Innovation

Müntefering leitet Arbeit am neuen Grundsatzprogramm

Franz Müntefering werde die Leitung der Arbeit am neuen Grundsatzprogramm übernehmen, erläuterte der neue Generalsekretär Klaus Uwe Benneter. Eine Arbeitsgruppe zur Parteireform werde unter Führung von Kurt Beck eingerichtet. Noch im April werden laut Benneter die SPD-Ministerpräsidenten zusammen mit dem SPD-Präsidium eine gemeinsame Linie für die Reform der bundesstaatlichen Ordnung erarbeiten.

Weitere Informationen zu den Beschlüssen des Sonderparteitages unter www.spd-parteitag.de.

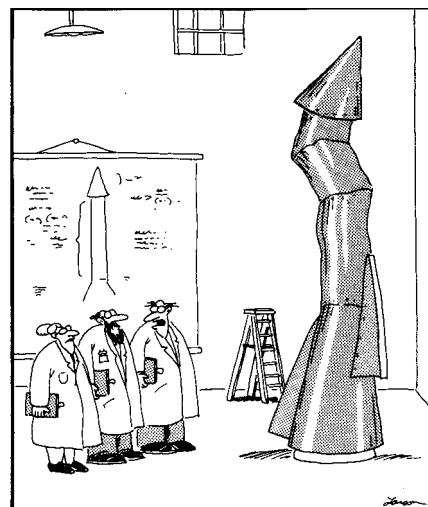
auftaucht, gelingt hier auf die merkwürdige Weise, dass „einer von uns“ eine Funktion „da oben“ einnimmt. Das Herrschaft/Knechtschaft-Verhältnis wird durch die Biografie des Herrn, durch eine Quasi-Familienbindung überbrückt. Man darf dabei nicht übersehen, dass die Symbolik sich auf zwei Figuren erstreckt: Gerhard Schröder ist auf dem Weg der berufsbildenden Karriere als Jurist und Verwaltungsmann nach oben gekommen; Müntefering auf der Basis einer schlichten Berufsausbildung zum Industriekaufmann durch Entfaltung in den politischen Strukturen.

Beide zusammen stellen Schichten der lohnabhängigen Bevölkerung dar, die sich weder nach den unmittelbar materiellen Interessen noch nach Ausprägung des Lebensstils vereinsmäßig zusammenfinden. Die bei den Wählern und in der Partei zerklüftete Basis macht der Partei zu schaffen. Die Wege der unausgesprochenen Verständigung, die ähnliche Lebenslage, Lebensweise, Lebensgeschichte in einem Diskurs bieten, sind verschüttet. Alles muss ausgesprochen, ausgetüftelt, kompliziert vermittelt werden. Auch entsteht ein Gerechtigkeitsproblem (für wen tut die Partei mehr). Auch die SPD wird den schwierigen Weg zu einer rationalistischen Linkspartei gehen müssen, die nicht mehr hoffen darf, durch einfache Identifikation zusammengehalten zu werden. Münteferings Konzentration auf die Regierungsfunktion lässt befürchten, dass man hofft, Einheit dadurch zu stiften, dass alle auf den gleichen Punkt, die Regierenden hält, schauen, von denen sich alle was zu erhoffen haben.

Uneingelöste Versprechen

Die griffige Formulierung des Parteitags lautet, die SPD müsse sich nun, nachdem man allzu lange versäumt habe, den Umbau des Sozialstaates zu betreiben, „ehrlich machen“. Was meint diese ungewöhnliche und tief dunkle Redensart? Am ehesten im Geschäftsleben ergibt sie einen Sinn. Dort kann es geschehen, dass ein Geschäftsmann durch Ereignisse, die nicht in seiner Macht liegen, d.h. ohne sein Zutun, unehrlich wird. Das geschieht z.B., wenn zusammenbrechender Absatz

zu einer Situation der Überschuldung führt. Der Geschäftsmann weiß es schon, seine Gläubiger wissen es noch nicht. Es kommt der Zeitpunkt, an dem der Bankrotteur sich erklären muss. Tut er es nicht, wird der Bankrott betrügerisch, der Geschäftsmann unehrlich. Erklärt er sich, macht er sich ehrlich. Das hat schon Ähnlichkeit mit der Situation der regierenden SPD. Allerdings muss der Geschäftsmann, der sich auf diesem Wege „ehrlich macht“, hinnehmen, dass andere über sein Vermögen verfügen. Das Regime geht auf die versammelten Gläubiger über, die sehen, wie sie ein Weniges retten. Mag sein, dass auch eine Kreditverlängerung zustande kommt, gewöhnlich aber nicht ohne irgendeine Form der Sicherheitsleistung. Und damit hört die Ähnlichkeit schon auf. Den enttäuschten Wählerinnen und Wählern wird nichts geboten. Sie haben die Verluste und das Nachsehen. Um im Bilde weiter zu malen: Müntefering macht sich nicht ehrlich. Er geht den schwindelerregenden Weg der leeren Versprechungen weiter.



Versprechungen mit Versprechen eingelöst

Auf dem Parteitag noch hat sich Müntefering leidenschaftlich über die schrecklichen Folgen der Jugendarbeitslosigkeit

ausgelassen. Man werde nicht zulassen, dass ganze Milieus entstünden, die von den Eltern auf die Kinder nicht anderes kennen als Sozialhilfe. Und wirklich wahr, die Chancenlosigkeit der jungen Generation auf dem Arbeitsmarkt ist ein großer Skandal, ein Riesenunglück. Da ist auch nicht leicht etwas zu machen. Die Pläne der SPD stoßen auf den nachhaltigen Widerstand der Wirtschaftsverbände. Hier spitzt sich etwas zu. Wo steht Franz Müntefering? Am Montag nach dem Parteitag veröffentlicht die SPD eine 10-Punkte Agenda, die auf der ersten Sitzung des Präsidiums unter Leitung des neuen Vorsitzenden verabschiedet worden sei. Die Jugendarbeitslosigkeit fehlt. Das hat symbolisch was zu bedeuten und auch praktisch, eines Bürokraten Zettel ist sein Seelenbild. Bekanntlich war Petrus der Fels, auf den Jesus seine Kirche baute, der erste Papst, und genau bekannt ist die Mahnung, dass noch ehe der Hahn einmal krähe, Petrus seinen Herrn Jesus dreimal verraten werden. Das war der erste Papst. Der Hahn kräht früh, so um die Fünfe. Franz Müntefering hat bis Montag ca. 11 Uhr gebraucht. Immerhin. Vielleicht hat er die Jugendarbeitslosigkeit bei seinen 10 Punkten auch bloß vergessen. Dann müsste er sich ehrlich machen ...

Die prekäre Situation der Linken

Die Versprechen, die von der rot-grünen Regierung, ganz besonders von der SPD, gegeben wurden, konnten nicht eingelöst werden. Das hat in der Öffentlichkeit zu einem Ansehensverlust der Sozialdemokraten geführt. Aber das wäre noch das Wenigste. Es ist mehr kaputt. Der Sozialstaat sozialdemokratischer Prägung ist eine konkrete Ausführung des Strebens nach Solidarität, das er durch staatlich einzutreibende Umlagen befriedigt. Die Unfähigkeit der Regierung hat dieses System diskreditiert und damit, und das ist das wirklich Schlimme, ist das konkrete Verfahren zur Herstellung von Solidarität in Verruf geraten. Das ist ein wichtiger Grund für den Meinungsumschwung hin zu den Rechten, die aus der wechselseitig solidarischen Hilfe auf Gegenseitigkeit hin zu einem System der

privatistischen Eigenvorsorge wollen.

In dieser Situation verlassen nun Mitglieder und Wegbegleiter der SPD die Partei und planen was Neues. Nachdem nun die Dokumente vorliegen und der Sonderparteitag SPD vorbei ist, bleibt von dem Projekt „Wahlalternative“ (siehe ausführliche Dokumentation unten) nichts Tröstliches zu sagen. Bisher war es so üblich, dass jemand, der eine politische Praxis zu verantworten oder getragen hat, davon Rechenschaft geben muss, bevor was Neues gestartet wird. Davon keine Spur. Hier wird eine in diesem strengen Sinn verantwortungslose Rede geführt. Mit einer allgemeinen Bemerkung, dass man mit der Deutung noch nicht weit gekommen sei, ist dieses Problem nicht erledigt. Warum ist die SPD dort angekommen, wo sie jetzt steht? Und warum – von mir aus – auch der rot/rote Senat in Berlin? Warum übrigens machen jene Kritiker bei diesen Politiken mit? Politik hat Geschichte, und wer Politik macht, hat auch eine Vergangenheit will bei jedem Schritt ins Neue bedacht und verarbeitet sein. Selbst Jugendbewegungen, die sich an einem neuen Ausgangspunkt wähnen könnten, machen einen Fehler, wenn sie die Vorgeschichte der von ihnen aufgegriffenen Meinungen nicht reflektieren oder auch der Organisationen, in denen sie sich entfalten oder denen sie sich anschließen. Völlig ohne Charme ist das Neu-Anfang-Gehabe bei den doch auch schon eher älteren Herrschaften mit langen Vorgeschichten, wie sie in dieser Initiative am Werke sind.

Bennetter, der neue Generalsekretär der SPD ruft die Ausreißer zurück in die Partei. Das wär' doch was?

Rot–Grün–Rot

Eine Mehrheit für Demokratie, Solidarität und Frieden kann in der BRD absehbar nur durch Ziele zusammenkommen, die von SPD, Bündnisgrünen und PDS gemeinsam getragen werden. Solche Ziele können nur im Kampf um die öffentliche Meinung entwickelt werden, sie ergeben sich nicht aus einem Regierungshandeln. Wenn zum Beispiel die Einkommen aus unselbständiger Arbeit (oder auch bei den freien Berufen) so auseinander driften, wie es der Fall ist, muss Solidarität neu definiert werden. Solidarische Lösungen des Schulproblems, der Sozialpolitik, das sind Sachen, die von den BürgerInnen und Bürgern diskutiert werden müssen. Es geht um die Gestaltungsmöglichkeiten ihres Lebens. Diese Diskussion hat in den Städten und Gemeinden längst eingesetzt. Die Tendenz zu mehr, viel mehr und viel breiterer Bürgerbeteiligung ist unverkennbar. In vielen Großstädten zeigt sich dabei auch Bewegung bei der SPD. Der Filz sitzt an der Spitze. Die Sache mit der Jugendarbeitslosigkeit, bei der Müntefering am Sonntag ein richtiges Rührstück abdreht und am Montag ist es ihm nicht die vier Striche wert, die es braucht, um nach der 10 eine 11 zu schreiben, macht wenig Hoffnung. – Aber vielleicht tut sich ja was auf in Sachen Bürgerversicherung.

Martin Fochler

Die nachfolgende Erklärung von Mitgliedern und Weggefährten der SPD hat im Vorfeld des SPD-Parteitages (siehe auch Artikel S. 18 dieser Ausgabe) spektakuläre Aufnahme in der Presse gefunden. Wir dokumentieren den Text der Erklärung wie er auf der Internetseite steht.

Ein Dokument von www.wahlalternative.de – 15.03.2004

Für eine Wahlpolitische Alternative 2006

Zusammenfassung: Wahlbeteiligung, Wahlergebnisse und Mitgliederbewegung der Parteien zeigen, dass viele BürgerInnen sich von der Politik der Agenda 2010 betrogen fühlen, zugeleich keine politische Alternative sehen und sich daher zur Haltung der politischen Abstinentz entscheiden. Dies ist auch – aber nicht nur – ein wachsendes Problem für die engagierten Mitglieder in den Gewerkschaften.

Politische Resignation und Passivität bringen uns dem unverzichtbaren politischen Kurswechsel nicht näher. Nur wenn die sozialen Interessen und solidarisch emanzipatorische Werthaltungen auch parlamentarisch-politisch zur Geltung gebracht werden, kann ein weiterer neoliberal bestimmter Umbau der Gesellschaft verhindert und eine andere Politik durchgesetzt werden.

Wir wollen ergänzend zum wachsenden außerparlamentarischen Protest – Europäischer Aktionstag am 3.4.2004 – die Entwicklung eines breiten politisch-sozialen Bündnisses vorantreiben, im dem eine inhaltliche Verständigung über einen Politikwechsel und die Perspektive einer Wahlalternative im Zentrum steht. (Wir verwenden „...Innen“ zu Bezeichnung der sowohl männlichen wie weiblichen Form.)

1. Oppositionsbewegung in Deutschland

In den letzten Jahren ist die von SPD und Grünen getragene Bundesregierung und mit ihr das gesamte parlamentarisch-politische Spektrum weiter nach rechts gerückt. Die Politik für einen neoliberal geprägten Umbau der Gesellschaft ist radikalisiert, ideologisch befestigt und gesetzgeberisch umgesetzt worden. Das

Stichwort des Jahres 2003 dafür ist die „Agenda 2010“. In Massenmedien, Wissenschaften und vielen anderen zivilgesellschaftlichen „Schützengräben“ konnten die Kräfte des Neoliberalismus und des Kapitals weitere Geländegegewinne erzielen.

Gleichzeitig hat sich eine wachsende Opposition gegen neoliberalen Globalisie-

zung und gegen den Abbau sozialer Rechte entwickelt. Eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und ein Ende der Politik der Kürzungspolitik zeichnet sich nicht ab. Insbesondere im Bereich der gewerkschaftlich und der bisher überwiegend sozialdemokratisch orientierten ArbeitnehmerInnen, aber auch der Jugend und der RentnerInnen, macht sich politische Frustration und Oppositionsbereitschaft breit. Auf der anderen Seite steht verbreitete Desorientierung und politische Resignation.

Diese Entwicklung wird sich im Jahr 2004 zunächst fortsetzen, wenn die Menschen die realen Auswirkungen der „Reformen“ zu spüren bekommen und im Frühjahr die Mobilisierung der sozialen Opposition und fortschrittlicher Gewerkschaften einen neuen Höhepunkt erreicht. Die weitere Perspektive ist offen und hängt wesentlich an zwei – miteinander zusammen hängenden – Problemfeldern:

1. Die soziale Opposition ist sich einig in der Ablehnung des Sozialabbaus, jeglicher Kriegspolitik und Aufrüstung und in der abstrakten Behauptung, eine politische Alternative sei möglich. Sie ist schwach und uneinig in der Deutung der Krisenprozesse und ihrer Ursachen und in der Darstellung, wie denn eine Alternative aussehen könnte, die nicht nur gerechter ist, sondern auch die Probleme besser bewältigt.

Wollen wir in die Offensive kommen und die Tendenz zur politischen Resignation beenden, müssen sowohl das bürgerliche Lager als auch die rot-grüne Koalition auf dem zentralen Feld ihres Diskurses attackiert werden. Die Probleme müssen als Ergebnisse falscher, neoliberal geprägter Politik und von Krisenprozessen und Widersprüchen aufgezeigt werden, die die kapitalistische Ökonomie aus sich heraus hervorbringt. In der öffentlichen Debatte sind der Widerspruch zwischen einzelwirtschaftlicher und gesamtgesellschaftlicher Perspektive und als Hauptproblem der wirtschaftlichen Entwicklung die Schwäche der Binnennachfrage hervorzuheben.

Die Grundlinien einer Alternative müssen aufgezeigt werden, die die soziale Lage und Perspektive der Mehrheit der Bevölkerung spürbar verbessern würde. Vor allem brauchen wir mehr und sinnvolle Beschäftigung zu sozialen Bedingungen und die Entwicklung sozial und ökologisch nützlicher Wachstumsfelder. Zu präsentieren wäre dazu im Kern ein sozial und ökologisch und emanzipativ ausgerichtetes Zukunftsprogramm einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie es in entsprechenden Kreisen (in Gewerkschaften, Memorandum-Gruppe, sozialistischen und anderen linken Gruppierungen usw. und darüber hinaus in breiteren politischen Bündniszusammenhängen) seit Jahren diskutiert und weiter entwickelt wird. Sowohl Defaitismus („eine Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist sowieso aussichts-

los“) wie abstrakter Linksradikalismus (“nur die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus ist eine Perspektive”) wirken desorientierend. Ebenso desorientierend ist es, Lösungen gar nicht mehr in Veränderungen staatlicher Politik, sondern nur noch zivilgesellschaftlich und im Wirken dezentraler, selbstorganisierter Netzwerke und alternativer Zusammenhänge in Nischen der Gesellschaft zu suchen und damit aus der Not eine Tugend zu machen.

2. Den vielen Betroffenen des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft – Beschäftigten und Erwerbslosen, RentnerInnen und Kranken, Studierenden, Alleinerziehenden und vielen anderen – und ihrer sozialen Unzufriedenheit fehlt ebenso eine parlamentarisch-politische Repräsentanz wie der sich entwickelnden sozialen Bewegung und außerparlamentarischen Opposition oder den Gewerkschaften. De facto sind wir heute ein Land ohne wirkliche und wirksame parlamentarische Opposition, denn CDU/CSU/FDP vertreten nur eine noch radikalere Variante des neoliberalen Gesellschaftsumbaus. Im ersten Schritt entwickelt sich die Gegenbewegung gerade in Abgrenzung und zur Artikulation von Protest gegenüber der herrschenden Politik und allen etablierten Parteien. Aber in dem Maße, wie sie an gesellschaftlicher Breite und politischer Bedeutung gewinnt, stellt sich zunehmend die Frage nach ihrem Bezug zur politisch-parlamentarischen Ebene und nach ihrer Durchsetzungsperspektive. Diese Frage stellt sich sowohl vielen Individuen als auch den aktiven und organisierenden Kernen der Bewegung, die für die weitere Mobilisierung darauf Antworten geben müssen.

Bisher ist die Hauptantwort die, dass es darum geht, gesellschaftlichen Druck zu entwickeln und das politische „Klima“ so zu verändern, dass alle Parteien und Institutionen darauf reagieren und sich das politische Koordinatensystem wieder nach links verschiebt (und evtl. sich Bedingungen für weitergehende politische Prozesse ergeben). Dazu sei ein langer Atem notwendig. Die Antwort ist richtig, aber unzureichend. Sie lässt die Frage offen, wie sich die Menschen denn nun als politische Subjekte in den Situationen verhalten sollen, wenn sie mal die Wahl haben. *Und vor allem blendet sie aus, wie wichtig die parlamentarisch-politische Ebene und institutionalisierte Machtpositionen zur Durchsetzung von Interessen, aber auch für die Entwicklung längerfristig mächtiger Diskurse und der öffentlichen Meinung sind.*

Traditionell diente dazu insbesondere das Zusammenspiel von Gewerkschaften und Sozialdemokratie. Diese Verbindung ist in den letzten Jahren immer mehr zerbrochen, die SPD und die Grünen agieren als Mehrheits- und Akzeptanzbeschaffer für eine Kapitalinteressen unterworfenen Politik, die sie in der Substanz nur geringfügig gegenüber den For-

derungen des neoliberal dominierten Mainstream modifizieren. Bewegung alleine reicht nicht, jedenfalls wenn es nicht nur um Einzelfragen, sondern um grundsätzliche Verteilungs- und Machtauseinandersetzungen geht, die das Projekt des herrschenden Blocks im Kern angehen.

Was sind die realen Alternativen für die politische Perspektive der Bewegung? Ist es realistisch anzunehmen, ohne parlamentarischen Partner und damit ohne Alternative im parlamentarisch-politischen Raum und damit Druckpotential auf die etablierten Parteien hinreichende Kraft für reale Erfolge zu entwickeln? Es geht heute nicht um „Reform oder Revolution“, sondern um sozialen Reformismus oder weiteren Vormarsch der neoliberalen Reaktion.

2. Brauchen wir eine wahlpolitische Alternative?

Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, die Rahmenbedingungen für die Durchsetzung politischer Veränderungen vorgibt, und die eine Errungenschaft darstellt. Demonstrationen und auch politische Streikaktionen haben letztlich den Zweck, Druck auf die Parlamente auszuüben – so wie es Unternehmen, Arbeitgeberverbände oder andere finanzkräftige Lobbygruppen alltäglich und mit weit geringerer demokratischer Legitimation tun, bis hin zu regelrechten Erpressungsversuchen, wenn es um Investitionen oder angedrohte Verlagerungen von Arbeitsplätzen geht.

Es geht um die Frage, wie und mit welchen parlamentarischen Kräften die Anliegen der außerparlamentarischen Bewegung – die selbstverständlich die primäre Bedeutung für fortschrittliche politische Veränderungen hat – in staatliches Handeln umgesetzt werden können. Daher geht es ganz konkret um die Bundestagswahl 2006 und davon ausgehend um die zukünftige politische Landschaft in Deutschland und Europa. Denn es besteht auch das Risiko, dass die soziale Oppositionsbewegung in den folgenden Jahren unter dem Eindruck des weiteren neoliberal dominierten Umbaus der Gesellschaft frustriert abflaut.

Trotz aller Propaganda ist es der Bundesregierung nicht gelungen, ihre „Reformpolitik“ ihren bisherigen WählerInnen zu vermitteln – kein Wunder, ist sie doch gegen deren Interessen gerichtet. Die Aktivitäten der Protestbewegung und der Gewerkschaften sind erfolgreich dabei gewesen, die Legitimation dieser Politik in Frage zu stellen. Doch was folgt daraus bei den nächsten Wahlen? Zunächst mal folgt daraus „naturwüchsigt“, also wenn es keine klaren anders orientierenden Einwirkungen gibt, vor allem ein Zuwachs der NichtwählerInnen, ganz überwiegend zu Lasten der SPD. Die unmittelbare Folge eines solchen Protestverhaltens bzw. einer solchen Verweigerung der Zustimmung wäre ein relativer Zuwachs und damit eine starke parla-

mentarische Mehrheit der anderen erst recht neoliberal orientierten Parteien, vornehmlich der CDU/CSU. Diese gewinnen auch direkt, weil sie vielen Enttäuschten als die real wählbare Alternative zur Abstrafung der bisherigen Regierung erscheinen. Für die soziale Opposition und die Gewerkschaften würden sich die politischen Bedingungen dadurch unmittelbar weiter verschlechtern. Zusätzlich droht die Gefahr, dass rechtspopulistische Parteien einen Teil des Potentials für sich nutzen können.

Welche Optionen gibt es, diesem Szenario entgegen zu wirken? Die erste Alternative wäre, dass insbesondere die Gewerkschaften bei einem Abflauen der Proteste zu einer Politik der Präferenz für das „kleinere Übel“ zurückkehren. Selbst wenn eine Wahlunterstützung für Rot-Grün wie vor dem vorangegangenen Wahlgang nicht mehr möglich sein dürfte, würde das die Gewerkschaften, ihre politische Glaubwürdigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit und ihre mühsam aufgebauten Verbindungen in neuen sozialen Umfeldern massiv schädigen. Es bedeutet eine Kapitulation vor der angeblichen „neuen Mitte“, die Aufgabe mühsam erarbeiteter Alternativkompetenzen, und die Unterordnung unter neoliberal bestimmte Entwicklungsmodelle auch in der Tarifpolitik. Am unmittelbaren Wahlergebnis würde es voraussichtlich wenig ändern. Dass es zu einer erneuten grundlegenden Umorientierung der SPD oder Grünen im Sinne einer sozial orientierten Politik gegen den Neoliberalismus kommen kann, ist unrealistisch. Ebenso wie bei der ersten Option – gar nichts tun – wäre eine weitere Zementierung der politischen Vorherrschaft des Neoliberalismus und des Großkapitals die Konsequenz.

Um den Neoliberalismus im parteipolitischen Raum zurückzudrängen, müssen wir ihn auf dem eigenen Terrain angreifen. Um politisch voran zu kommen, ist eine ernst zu nehmende wahlpolitische Alternative nötig, die den außerparlamentarisch in der Gesellschaft entwickelten Druck ins politische System transformiert. Dies erscheint schon allein deshalb sinnvoll, um der weiteren Rechtsentwicklung der SPD eine Schranke zu setzen.

Im bestehenden parteipolitischen Raum bietet sich dazu nur die PDS an. Bei aller Kritik an der PDS hat ihr Ausscheiden aus dem Bundestag 2002 den sozialreaktionären Kräften ihren Vormarsch in der Politik und in der öffentlichen Meinung erheblich erleichtert. Auf der anderen Seite bleibt diese Option hinter den Erfordernissen und den gesellschaftlichen Möglichkeiten dramatisch zurück. *Die PDS ist nicht in der Lage, den überwiegenden Teil des Potentials für eine wahlpolitische Alternative auszuschöpfen.* Für einen Großteil des Potentials ehemals sozialdemokratischer, grüner oder sonstwie linken WählerInnen und sozial enttäuschter Nicht-

wählerInnen kommt sie nicht in Frage. In den letzten Jahren hat sie sich durch ihre Regierungsbeteiligung in Berlin zusätzlich desavouiert. Sie erscheint als sehr auf sich selbst und auf Mitregieren fixiert. Sie bzw. ihre führenden VertreterInnen sind offenbar für die notwendige klare und offensive und zugleich populär vorgetragene Gegenposition zum Neoliberalismus in der öffentlichen Auseinandersetzung weder politisch-inhaltlich noch kulturell geeignet.

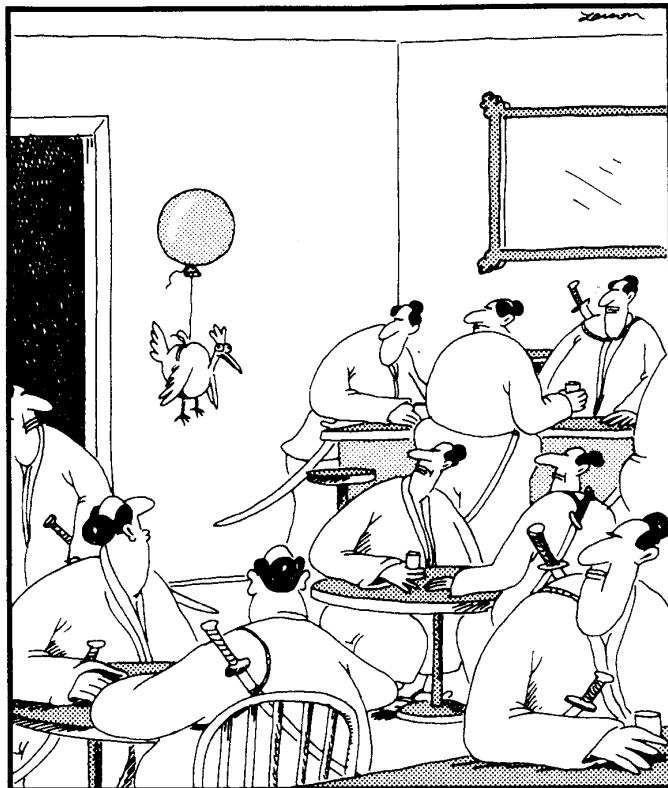
Bleibt die Alternative, eine neue, eigenständige politische Formation zu entwickeln, die bei der Bundestagswahl 2006 mit Aussicht auf Erfolg anzu treten in der Lage ist.

3. Perspektive 2006

Es geht darum, den sozialen Bewegungen bzw. ihren Positionen eine parlamentarisch-politische Artikulationsmöglichkeit zu bieten, die dann auch in den öffentlichen Debatten mit klaren Positionen präsent ist und wirken kann. Dies gilt zunächst für die Situation des Wahlkampfes selbst: Diese Phase einer erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit kann mit allgemeinen „Wahlprüfsteinen“ für die Aufklärung und Mobilisierung der Unzufriedenen kaum genutzt werden. Ein aktives Einmischen erforderlich vielmehr die Präsenz als eigenständiger politischer Akteur und erkennbare Alternative.

Mit Blick auf einen erfolgreichen Wahlausgang geht es parlamentarisch ganz klar um Opposition, nicht um mögliche Beteiligung an einer Regierungskoalition, solange nicht die denkbaren Partner ihre Positionen grundlegend in unsere Richtung verändert haben und wieder reale Fortschritte durchsetzbar sind, wovon absehbar nicht auszugehen ist. Erfolgsmaßstab ist die Ausschöpfung des Potentials in der Wahlbevölkerung, das aus Positionen sozialer Gerechtigkeit oder anderen von links anzurufenden Motiven oppositionell oder zumindest unzufrieden mit der herrschenden Politik ist. Ein Einzug ins Parlament hat dann die Aufgabe, die sich daraus ergebenden Ressourcen und Strukturen für eine weitere Aufklärung der Bevölkerung und für die Inszenierung breiter gesellschaftlicher Debatten zu nutzen und so Kräfteverhältnisse weiter zu verbessern.

Es gibt ein Potential, das deutlich über das bisherige links von SPD und Grünen hinausgeht und in erheblichen Teilen auch gar kein im Selbstverständnis linkes Potential ist – auch das konnte die PDS im Westen nie annähernd erreichen. Es sind sehr viele Menschen empört und



Es war abzusehen, daß es nur ein kurzes Schauspiel sein würde, als ein Huhn an einem Ballon durch die Tür zur Samurai-Bar hereinschwiebte.

für Proteste ansprechbar, die das bisher noch nie waren, und noch mehr, die auch für ein anderes Wahlverhalten mobilisierbar wären. Im Verlauf des letzten Jahres ist eine neue Lage entstanden, noch nie gab es einen solchen Zerfall des bisherigen sozialdemokratischen WählerInnenlagers, und zwar aufgrund der Sozialkürzungen und damit insbesondere im sozial schwächeren und gewerkschaftsnahen Milieu.

Nur wenn diese Menschen ihre Interessen auch parlamentarisch-politisch wieder zur Geltung bringen, indem sie eine soziale Wahlalternative in den Bundestag bringen, kann die Mehrheit von CDU/CSU/FDP die ansonsten schon sicher scheint, vielleicht doch noch verhindert werden. Nur so bestünde die Chance, weitere gegen die ArbeitnehmerInnen gerichtete Umbaumaßnahmen (v. a. im Tarifrecht und im Kündigungsschutz) zu verhindern. Nur so gäbe es eine Gegenreaktion auf die aktuellen Bemühungen des Kapitals, die Gewerkschaften mit Hilfe politischer Methoden zu zersetzen. Je katastrophaler der Wahlausgang für SPD (und vielleicht auch Grüne) wird, desto größer werden dort innerparteilich die Chancen sein, die den kapitalorientierten Kurs der letzten Zeit bestimmenden Kräfte etwas zurückzudrängen und gegenüber CDU/CSU/FDP soziale Positionen wieder stärker zu betonen. Der von einer im Bundestag vertretenen sozialen Opposition ausgehende Druck wird das verstärken.

Die Anlage eines Projekts „Wahlalternative 2006“ müsste so sein, dass diese Ziele erreicht werden können. Das heißt, es muss ein breites Spektrum der Bevölkerung angesprochen werden. Im Kern sind das die Arbeitnehmermilieus, die auch die Hauptbasis für Rot-Grün sind bzw. waren. Die Wahlwerbung und Darstellung der Inhalte müssen populär, klar und einfach sein und Leute ansprechen und gewinnen, nicht ausgrenzen. Das Herangehen muss sein: Wer nicht gegen uns ist, ist für uns. Provoviert werden sollten unsere Gegner, nicht unsere potentiellen WählerInnen. Die zentralen Attribute, die mit dem Projekt verbunden werden müssen, sind: sozial, Gerechtigkeit, Frieden, Arbeit, offener Bildungszugang, Alternative, aber auch Fortschritt und Zukunft für alle (in was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben: sozial und kinderfreundlich und ökologisch oder ...). Wir sind das Volk (Frauen und Männer, Kinder und Alte, deutscher und ausländischer Herkunft).

Im Vergleich zur PDS im Osten muss das Projekt zugleich linker und „mittiger“ im Sinne von auf die breiten ArbeitnehmerInnenschichten und gewerkschaftlich orientiert sein. Die Slogans, Plakate usw. dürfen aber nicht inhaltsleer oder droge langweilig sein, sondern müssen eine klare gegen den neoliberalen Mainstream bzw. für unsere Alternativen gerichtete Botschaft haben, aufklärerisch, zugespielt und pfiffig sein und den eigenen Aktiven gefallen mit klarer Orientierung, damit sie sie selber gerne nutzen und gerne verbreiten. Es kann da auf vieles zurück gegriffen werden (in leichter Abwandlung ggf.), was Bewegungen und linke KünstlerInnen und Gruppen in der Vergangenheit produziert haben und was an Kreativität sich in der aktuellen Bewegung, bei Demonstrationen usw. immer wieder neu zeigt.

Programmatisch müssen die Gegenpositionen und Alternativen zur Politik des neoliberalen Gesellschaftsumbaus, des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben im Mittelpunkt stehen. Aber auch die anderen zentralen Anliegen der demokratischen Bewegungen müssen aufgegriffen werden (v.a. Frieden, Ökologie, Frauen, Globalisierungskritik, offener Bildungszugang, Wissenschaftskritik, Interessen der MigrantInnen). Hier gibt es reichlich Vorarbeiten, etwa durch die Initiative für einen Politikwechsel, Memorandum-Gruppe, Attac, in Gewerkschaften usw.. Hier sind bei allen Differenzen im Einzelnen und

v. a. unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen genügend Gemeinsamkeiten vorhanden. Diese gemeinsamen Positionen fortschrittlicher sozialer und politischer Kräfte müssen populär dargestellt werden, um Massen zu mobilisieren. Es geht nicht um eine neue explizit linkssozialistische Partei.

Eine solche Herangehensweise muss die grundlegende Strategie der das Projekt als aktiver Kern tragenden und führenden Kräfte sein. Es geht also um eine breite Sammlung bzw. ein Bündnis, das niemanden ausschließt (außer Rechten), aber auch keine Dominanz einer bestimmten Gruppierung oder Strömung zulässt. Das Spektrum sollte reichen von KommunistInnen über SozialistInnen bis zu traditionellen VertreterInnen des Sozialstaats und sozial orientierten ChristInnen. Es muss ein möglichst breites Spektrum von Aktiven aus Gewerkschaften, Bewegungen und von Organisationen und Initiativen aus verschiedensten Bereichen einschließen. Dies gilt ausdrücklich auch für Mitglieder der SPD, der Grünen, der PDS oder anderer nicht rechter oder minderheitenfeindlicher Parteien. Es muss ein für alle, die die grundsätzlichen Ziele teilen, offenes Angebot für Unterstützung und Mitmachen sein.

4. Organisation, Arbeitsweise und Perspektiven

Einige Vorstellungen über die Charakteristika und Arbeitsweise der notwendigen neuen politischen Formation: Die Arbeitsweise der sozialen Alternative muss den veränderten Ansprüchen und politischen Kulturen der Menschen entsprechen, die sich in Bewegungen und Initiativen, in Betrieben, Schulen und Hochschulen, im kulturellen Bereich oder in informellen Gemeinschaften engagieren und zunehmend das Internet zur Kommunikation nutzen. Weiter muss die soziale Alternative bzw. ihre RepräsentantInnen im öffentlichen Auftreten und der persönlichen Praxis die massive Parteien- und Politikerverdrossenheit im Volk und in den Bewegungen reflektieren und sich als anders als die etablierten Parteien darstellen: ohne Dünkel und Arroganz, nicht korrupt und nicht auf die eigenen Interessen und Privilegien bedacht, sondern unbestechliche VertreterInnen der einfachen Leute, gegenüber den "Eliten" aus Wirtschaft, Medien und Politik nie devot oder selbstbemitleidend, sondern selbstbewusst und kämpferisch in der Auseinandersetzung. Ziel muss es sein, erarbeitete Alternativkonzepte in die Diskussion zu bringen und dabei gleichzeitig Raum für neue Konzeptionen zu lassen.

Die soziale Alternative muss in der öffentlichen Auseinandersetzung konsequent und glaubwürdig eine positive, fortschrittliche gesellschaftspolitische Alternative vertreten. Die Formulierung und Verankerung von programmatischen Botschaften und von linken Deutungs-

mustern im gesellschaftlichen Diskurs ist eine Hauptaufgabe. Es geht primär darum, die Auseinandersetzung um die Hegemonie zu führen und neoliberale und andere rechte Auffassungen zurückzudrängen. Politische Kompetenz zu entwickeln heißt zunächst, die intellektuellen und strukturellen Kapazitäten für Opposition zu stärken, nicht etwa "regierungsfähig" zu werden. Es geht um Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen, um breit angelegte Bildungsarbeit und um das Eingreifen in wissenschaftliche Diskurse.

In den für die konkreten politischen Auseinandersetzungen relevanteren Fragen ist durch die Verankerung und den engen Bezug auf die Diskussionen in den Bewegungen, Gewerkschaften und linken Netzwerken sowie durch eine dominierende Orientierung auf die gemeinsamen Ziele und Gegner dafür zu sorgen, dass sowohl Opportunismus wie Sektierertum vermieden und vernünftige Konsense oder Mehrheitspositionen formuliert werden, ohne konstruktive Minderheiten auszugrenzen. Das Referenzmodell ist dabei, wie in außerparlamentarischen Bewegungen und Bündnissen Kompromisse gefunden werden.

Wichtig ist die stetige Verbreiterung und Vertiefung der Verankerung in den Gewerkschaften, Bewegungen, Organisationen und Szenen auch in den Ländern und Kommunen sowie der Ausbau der Infrastruktur und Medien sowie der europäischen und internationalen Zusammenarbeit, um die politische Formierung und den Kampf um Hegemonie weiter voranzutreiben. Die Sozialdemokratie hat sich als politische Organisation und Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden und der sozial Schwachen verabschiedet. Es bedarf eines neuen Anlaufs der politischen Artikulation und Formierung eines alternativen gesellschaftlichen Blocks von Arbeit und Wissenschaft, Bewegungen und Kultur gegen den herrschenden Block des Kapitals und des Neoliberalismus, um solidarische gesellschaftliche Gestaltung und eine progressive europäische und internationale Perspektive wieder auf die Tagesordnung zu bringen und zu erkämpfen. Dies kann nur gelingen, wenn dabei auch eine neue Generation gewonnen wird, und das wiederum kann nur mit einer neuen Formation gelingen.

Viele halten eine Wahlalternative und neue politische Formation für nötig, sind aber skeptisch, ob ein solches Projekt realisierbar ist. Das entscheidet die Praxis, es passiert nicht einfach so oder anders, sondern es muss getan werden. Es erscheint nicht unmöglich, also müssen wir es zumindest versuchen. Wenn sich herausstellen sollte, dass es doch (noch) nicht zu schaffen sei, kann die erreichte Formierung dennoch wichtig sein für Zwischenschritte und für die Zukunft. Die Chance für eine neue soziale Kraft besteht. Wir wollen versuchen, sie zu nutzen.

Buchbesprechung

„Märchen“ über Kundshafter und ein Straffreiheitsgesetz

Der Aufkleber verweist auf den Inhalt des Buches: Über die „Rosenholz-Datei“ und andere Stasi-Unterlagen. Im Begleittext wird konstatiert, dass Behling mit seinem Buch „über das Ende der DDR – Spionage ein zeitgeschichtlicher Krimi gelungen (sei), der sich vom üblichen Thriller nur in einem einzigen Punkt unterscheidet: Alle handelnden Personen sind echt ... und nicht frei erfunden.“

Behling beschreibt vor allem die Rolle der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) im System des MfS. Sie zählte per 31. Oktober 1989 4744 offizielle Mitarbeiter, davon 449 im Westen. Er berichtet sowohl über Erfolge als auch über Niederlagen der DDR-Aufklärung, über Bekanntes und gelegentlich über Unbekanntes. So z.B. über eine sogenannte geheime „Überlebensordnung“. Gemeint ist die „Ordnung 6/86 über die Arbeit mit Offizieren im besonderen Einsatz“ die Erich Mielke am 16. März 1986 erlassen habe. Behling qualifiziert derartige Behauptungen von BürgerrechtlerInnen „als ein Märchen“. Und weiter schreibt er: „Eine „Überlebensordnung“ der Stasi gibt es nicht.“ (S. 37).

Als bekannt setzt der Autor auch voraus, dass der Wende-Verteidigungsminister, Pfarrer Rainer Eppelmann, die Vernichtung sämtlicher Akten des Militärischen Nachrichtendienstes der NVA befohlen hatte. Der Mil-ND war angeblich ein vom MfS unabhängiger Nachrichtendienst. Ein NVA-Kommando hatte im August 1990 noch 250 Kisten mit MfS-Unterlagen auf Armee-Laster verladen und in die Zentrale des Mil-ND geschafft. Hier wurden auf dem Gelände der Oberspreestraße in Berlin Treptow alle Spuren beseitigt. Trotzdem fanden später Fahnder 73 Meter Akten der MfS-Hauptverwaltung I/2, die alle Aktivitäten des Militärischen Nachrichtendienstes, den das MfS überwacht hatte.

Schließlich beschreibt Behling den Ankauf von Überläufern durch den BND/VS und CIA, Aktivitäten des amerikanischen Spionageapparates in der DDR und die gescheiterten Versuche ein sog. Straffreiheitsgesetz für DDR-Spione in den Einigungsvertrag aufzunehmen. Ein entsprechender Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Drucksache 11/7762 (neu) vom 2.09.90) befindet sich u.a. in den Anlagen. Quellen-, Literaturverzeichnis und Personalregister gehören dazu. Das Buch ist gut recherchiert und flüssig geschrieben. Ein Leseerlebnis.

Franz-Karl Hitze

Klaus Behling : Kundshafter a.D. *Das Ende der DDR – Spionage*. Hohenheim Verlag GmbH Stuttgart – Leipzig, 2003, 325 S., geb., Euro18,60, ISBN 3-89850-098-5

27. März, Rostock: Internationale Friedenskonferenz der PDS (Ostfriedenskonferenz)

3./4. April 2004, Fulda: Tagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften. Siehe Kasten



3. April: Europäischer Aktionstag für ein soziales Europa. Europaweite Aktionen (Proteste, Demonstrationen, Konferenzen, Medienkampagnen) der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen Sozialabbau, für Solidarität, Gerechtigkeit, sozialen Zusammenhalt und eine soziale europäische Verfassung. Es gibt Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart. Infos (auch über die lokale Aktionskomitees und weitere Veranstaltungstermine zur Vorbereitung): www.verdi.de und www.attac.de www.aktionstag.verdi.de

7.-9. Mai, München: Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung. Geschichte und ihre Instrumentalisierung in der aktuellen deutschen Politik. Veranstalter: Kurs Eisner Verein für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Siehe unter: www.kurt-eisner.de/

Einladung zum

Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Die Jahreshauptversammlung des Forums findet statt am

Samstag/Sonntag, dem 3./4. April 2004

Beginn: 12.30 Uhr

DGB Jugend-Bildungsstätte, Fulda, Magdeburger Str. 69.

Die Konferenz endet am Sonntag um 12.30 Uhr.

Samstag, 3. April 2004, Beginn 12.30 Uhr

0. Konstituierung
1. Positionen der PDS und europäischer Linksparteien zur kommunalen Wirtschaftspolitik. Es referiert Helmut Markov, MdEP
2. Diskussion und Verabschiedung der neuen Satzung
3. Wahlen: Arbeitsausschuss, Präsidium, Redaktion, Finanzprüfungskommission.
4. Finanzbericht 2003 und Finanzplan 2004

Sonntag, 4. April 2004, Beginn 9 Uhr

5. Deutscher Revanchismus:
 - a. Neue Ordnung in Europa und Ostpolitik
 - b. Zur EU-Verfassungsdebatte
- Ende 12.30 Uhr

Anmeldung:

Über die Landesarbeitsgemeinschaften oder GNN Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221-21 16 58. **Wir bitten um rasche Anmeldung.**

muedik – Ausführlicheres in einer der nächsten Ausgaben der PB.

7.-9. Mai, Poznan/Polen: Ein Entwicklungsmodell für die erweiterte EU. Internationale Konferenz des Netzwerks EPOC (Improvement of Economic Policy Coordination for Full Employment and Social Cohesion) über die sozialen und politischen Herausforderungen im Gefolge der EU-Erweiterung. Infos/Anmeldung: Jacqueline Runje, Universität Bremen, FB 7/Ökonomie, Wilhelm-Herbst-Str. 1A, 28359 Bremen. www.epoc.uni-bremen.de jrunje@ewig.uni-bremen.de

8./9. Mai, Rom: Gründung der Partei der Europäischen Linken.

10./11. Mai, Bonn: Nationaler Städtebaukongress: Stadtentwicklung zwischen privatem Einfluss und öffentlicher Verantwortung. Veranstaltet von: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund u.a.

14.-16. Mai, Berlin: Es geht auch anders! Gemeinsamer bundesweiter Perspektivkongress von ver.di, IG Metall, Attac und anderen über die Perspektiven einer emanzipatorischen Gesellschaft, Infos: www.attac.de

15./16. Mai, Sömmerda: Kommunalpolitische Konferenz der PDS

23. Mai: Bundespräsidentenwahl

8.-10. Juni: G8-Gipfel, u.a. zum Nahostplan

13. Juni: Europawahl; Landtagswahl in Thüringen; Kommunalwahlen in: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen. Volksentscheid über neues Wahlrecht in Hamburg.

17.-18. Juni: EU-Gipfel, u.a. ebenfalls zum Nahost-Plan

27. Juni: Kommunalwahl in Thüringen.

28./29. Juni, Istanbul: NATO-Gipfel, u.a. zum Nahost-Plan

29. Juli bis 1. August: Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in Sondershausen, Thüringen

2.-3. September, Hamburg: Stiftungs-Kongress 2004: Leben in der Stadt. Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven. Stiftung Lebendige Stadt, www.lebendige-stadt.de

5. September: Landtagswahl im Saarland

19. September: Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen

26. September: Kommunalwahl in NRW

30./31. Oktober: Parteitag der PDS